

Die „Volkswacht“
erscheint wöchentlich 3 Mal
und ist durch die
Expedition, Neue Wapenstraße 57/58,
und durch Kolporture zu beziehen.
Preis vierteljährlich M. 2.50,
pro Woche 20 Pf.
Durch die Post bezogen M. 2.50,
frei ins Haus M. 2.92,
wo keine Volkswacht Nr. 2.3.1.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Interessanter
berichtet die die einflussreiche
Kolonne über den Raum
des Westens,
für Westfalen, Rheinland und
Veranstaltungen
15 Pfennige.
Kasselerische Literatur 35 Pf.
Interesse für die nächste Nummer
müssen bis Donnerstag 9 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 155.

Breslau, Mittwoch, den 6. Juli 1910.

21. Jahrgang.

Die Arbeiterversicherung in der Reichstagskommission.

Von Robert Schmidt.

Die Kommission des Reichstages, der die Reichs-Versicherungsordnung zur Beratung überwiesen ist, hat bereits einige sehr bemerkenswerte Änderungen an der Vorlage vorgenommen, von denen die wichtigsten einer kurzen Betrachtung unterworfen werden sollen. Allerdings muß gleich betont werden, daß aus der ersten Lesung, um diese handelt es sich, noch kein abschließendes Urteil über die endgültige Gestaltung des Gesetzesentwurfes zu gewinnen ist.

Die Kommission hat die erste Lesung des ersten Buches beendet, in dem der organische Aufbau des Instanzenzuges geordnet wird. Nach der Vorlage sollten alle Versicherungsämter in einen gemeinsamen Unterbau erhalten. Diese Organisation sollte je nach Bedarf an die untere Verwaltungsbehörde angegliedert oder in einer gewissen Selbstständigkeit dieser gebildet werden und die Bezeichnung „Vereinsamt“ tragen. In der Kommission sind insbesondere wegen der Höhe der Kosten sehr erhebliche Einwendungen gegen diese Neuorganisation erhoben worden, und schließlich wurde beschlossen, daß diese Versicherungsämter nicht als selbständige Organisation neu geschaffen, sondern in die Verwaltungsorgane der unteren Verwaltungsbehörde eingefügt werden und in diesem aufgehen sollen. Die Sozialdemokraten wollten die Versicherungsämter ganz unabhängig von dem bestehenden bürokratischen Verwaltungsapparat machen, aber ihre Ansicht fand keine Unterstützung, sondern wurde von allen Seiten, besonders vom Zentrum, lebhaft bekämpft. Für die direkte Wahl der Arbeitervertretung trat mit den Sozialdemokraten nur noch die Fortschrittliche Volkspartei ein.

Zu begrüßen ist der Beschluß, daß die besonderen Einrichtungen für staatliche Betriebe und die Nahrungsmittelklassen zu beseitigen sind. Alle Sonderversicherungs- und Sonderoberversicherungsämter, die in dem Regierungsentwurf vorgesehen waren, wurden ausgemerzt. Auch die Landesversicherungsämter wurden gegen den Widerspruch des bayerischen Regierungsvertreters aufgehoben. In allen Streitfragen bleibt das Reichs-Versicherungsamt oberste Instanz. Das ist kein materieller Gewinn für die Arbeiter, aber ein Schritt auf dem Wege zur Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung, also ein Fortschritt.

Wichtiger sind die Beschlüsse über die Krankenversicherung. Hier wurde die Möglichkeit gegeben, die Arbeiter in eine höhere Beitragsklasse zu bringen. Bisher durfte die oberste Lohnklasse nicht über 5 Mark hinausgehen; jetzt ist die Erhöhung bis zu 6 Mark möglich. Die Sozialdemokraten stimmten dieser Änderung zu, bekämpften aber im Hinblick auf die geänderten Einkommensverhältnisse auch diese Begrenzung, ohne die Zustimmung der bürgerlichen Parteien zu finden. Für Handlungsgesellen, Werkmeister, Techniker usw. sollte der Versicherungszwang nach der Vorlage bei einem Einkommen von höchstens 2000 Mark enden. Die Sozialdemokraten beantragten die Höchstgrenze bei 3000 Mark zu ziehen. Die Kommission kam schließlich zu einer Begrenzung auf 2500 Mark.

Der Versuch der Regierungsvorlage, die Vertretung der Arbeiter in Vorstand und Ausschuß der Krankenkassen auf die Hälfte herabzubringen, scheiterte, nur die Konservativen und ein Teil der Nationalliberalen traten lebhaft für ihn ein. Mit Hilfe des Zentrums aber retteten die Arbeiterfeinde jene reaktionäre Bestimmung der Vorlage, derzufolge für die Wahl des Rassenvorsitzenden nicht mehr die einfache Mehrheit genügen, sondern die Zustimmung der Arbeiter wie der Unternehmer notwendig sein soll. Sogar die Regierung gab zu, daß dieser Änderung die Grundlage entzogen sei, da doch die Zweidrittel-Beitragsleistung der Arbeiter beibehalten wurde.

In den weiteren Verhandlungen spielten agrarische Tendenzen eine große Rolle. So sollten die Arbeiter von Unternehmern, die sich bereit erklärten, die gesetzlich vorgesehene Krankenfürsorge zu übernehmen, von der Beitragspflicht befreit werden, eine Bestimmung, die den Großgrundbesitzern auf den Leib zugeschnitten war, und daher auch bei Konservativen, Nationalliberalen und einem Teil des Zentrums viel Anklang fand, desto entschiedener aber natürlich von den Sozialdemokraten bekämpft wurde. Das Zentrum tat nun einen Schritt zurück und verlangte von den Unternehmern, die von der Beitragspflicht entbunden werden wollten, Hinterlegung einer Sicherheit. Dadurch wurde die Sache auch den Konservativen und den Nationalliberalen unschmackhaft und die Bestimmung fiel.

Ähnlich kam es bei den Betriebs-Krankenkassen. Der Zentrumsagrarier Gerold wollte die Gründung von Betriebs-Krankenkassen auf dem Lande schon bei 20 Arbeitern zulassen. Die Kommission beschloß, die Mindestzahl der Mitglieder einer Betriebs-Krankenkasse auf 100 festzusetzen, fügte aber hinzu, daß zur Gründung einer solchen Klasse die Zustimmung der Arbeiter in gebotener Abstimmung notwendig sei. Von dieser geheimen

Abstimmung wollten Konservative und Nationalliberale nichts wissen; sie stimmten nun mit den Sozialdemokraten und den Fortschrittlichen den ganzen Paragraphen nieder. Damit sind die Betriebs-Krankenkassen überhaupt abgelehnt, allerdings nur vorläufig, da die bürgerlichen Parteien fest entschlossen sind, sich später noch über die Beibehaltung dieser Klassen zu verständigen.

Für die neu zu errichtenden Land-Krankenkassen sollte eine Selbstverwaltung in der Regel ausgeschlossen sein. Mit 15 gegen 11 Stimmen hat hier die Kommission beschlossen, daß die Verwaltung der Land-Krankenkassen ebenso eingerichtet werden soll, wie die der Ortskrankenkassen.

Das Bestreben der Sozialdemokraten, alle Sonderorganisationen, gleich Innungs- und Betriebs-Krankenkassen auszuschalten, wurde vom Zentrum besonders lebhaft bekämpft. Die Innungskassen fanden an Herrn Jrl, die Betriebskrankenkassen an Herrn Gerold und Freyherrn von Fettes geradezu fanatische Anhänger. Hier aber machte sich auch der soziale Miß, der durch das Zentrum geht, bemerkbar, denn die Zentrumsmitglieder Beder und Schürmer, die als Arbeitervertreter das Versicherungswesen kennen mußten, mußten zugeben, daß jene kleinen Klassen, deren Erhaltung von Maratieren und Mittelstandskreislern gewünscht wird, keine Garantie für eine höhere Leistungsfähigkeit bieten können.

Eine Ausdehnung der Krankenleistungen wurde nur in ganz minimalen Ausmaß ausgedehnt. Die so überaus wichtige Mutterkassens-Versicherung ist fast vollständig in das Belieben der Kasse gestellt. Die Wochenhilfe blieb entsprechend der Vorlage auf acht Wochen beschränkt. Hauspflege soll nicht, wie die Sozialdemokraten beantragten, stattfinden, wenn die Wächnerin sie wünscht, sondern nur, wenn sich die Kasse bereit erklärt, sie zu gewähren. Neu ist die Bestimmung, daß sowohl versicherungspflichtigen Ehefrauen, als auch den Ehefrauen der Versicherten Hebammendienste und erforderlichenfalls ärztliche Geburtshilfe gewährt werden. Ein sozialdemokratischer Vorschlag, gleiche Hilfe auch solchen versicherten Arbeiterinnen zu gewähren, die sich mit einem Trauschein nicht ausweisen könnten, da doch diese in besonderem Maße hilfsbedürftig wären, wurde vom Zentrum und den anderen Vertretern bürgerlicher Sittenmoral abgelehnt. Auch die Gewährung eines Stillgeldes bleibt auf Ehefrauen beschränkt und wird im übrigen in das Belieben der Kasse gestellt. Die Sozialdemokraten hatten allgemeine Gewährung von Stillgeldern für 26 Wochen in der Höhe des Krankengeldes beantragt. Vergeblich! Die christliche Tugend siegte und die Kinder dürfen sterben!

Auch die Bemühungen der Sozialdemokraten um Durchführung einer allgemeinen Familien-Versicherung blieben erfolglos.

Für die Angestellten forderten die Sozialdemokraten achtstündige Arbeitszeit, Ferienurlaub und eine feste Gehaltsstufe. Darüber war man allgemein entzweit. Namentlich das Zentrum hielt solche im Interesse der Privatangestellten erhobene Ansprüche für ganz unberechtigt, und fand dabei die lebhafteste Unterstützung der Konservativen und Nationalliberalen. Um zu tun, als ob etwas geschehen wäre, formulierten das Zentrum einen Antrag, wonach die Dienstordnung Bestimmungen enthalten soll: 1. ob und inwieweit bei unverschuldeter Arbeitsbehinderung das Gehalt fortgezahlt wird; 2. ob und in welchen Fristen Dienstalterszulagen gewährt werden; 3. ob und unter welchen Voraussetzungen eine Beförderung stattfindet; 4. ob und unter welchen Bedingungen Ruhegehalt und Hinterbliebenenfürsorge gewährt wird.

Diese Anträge sind natürlich weiter nichts, als ein leeres Schema. Es liegt im Belieben der Kasse, was sie gewährt, während die sozialdemokratischen Anträge bestimmte Mindestforderungen erfüllt sehen wollten.

Die Kapitel über den Arztvertrag stehen in den nächsten Tagen zur Beratung, und es ist zu hoffen, daß bis zur Vertagung der Kommission am 15. Juli der Abschluß über die Krankenversicherung in erster Lesung seine Erledigung findet. Alles in allem ergibt sich, daß es gelungen ist, einige reaktionäre Bestimmungen aus der Vorlage zu entfernen, zur Befriedigung gibt aber das bisher Geschaffene, wie wir gesehen haben, durchaus keinen Anlaß, und obenhin wäre es verfrüht, sich in Sicherheit darüber zu wiegen, daß uns nicht noch bei der zweiten Lesung unangenehme Überraschungen bereitet werden.

Politische Uebersicht.

Die Konservativen mauern.

Nachdem die „Kons. Kor.“ schon kürzlich ihren allerhöchsten Unwillen über die Besetzung Rheinbadiens recht deutlich hat durchblicken lassen, fährt jetzt die „Kreuzzeitung“ schweres Geschütz auf, um ihre Unzufriedenheit mit dieser programmwidrigen Ministerentlassung kundzugeben. Sie schreibt:

„Aus der Tatsache, daß Freiherr v. Rheinbaben sich ohne Beratung mit dem Reichskanzler und Ministerpräsidenten zur Erreichung seines Ent-

lassungsgesuches entschlossen hat, ist zu erkennen, daß zwischen diesen beiden Staatsmännern Meinungsverschiedenheiten politischer Art bestehen, die nicht auszugleichen sind. An parteipolitische Gegensätze denken wir dabei natürlich nicht, denn ein Parteiminister war Herr v. Rheinbaben nie. Vor allem läßt sein Rücktritt Schlußfolgerungen in der Richtung hin, in der sich die Politik des Herrn v. Bethmann-Hollweg bewegen will.

Herr v. Bethmann hat sich in allen Dingen von der Reichsfinanzreform bis zum Wahlrechtswechsel in den konservativen Terror geschickt, da er aber eine Handlung begeht, die den Herren Junkern nicht vorher zur Genehmigung vorgelegt war, beginnen die Denunziationen. Hoffentlich fallen die Liberalen nicht darauf hinein und geben nun etwas auf die „neue“ politische Richtung Theobald des Lebernen Ueber die Ursache der Absetzung Rheinbadiens kursieren jetzt allerhand Gerüchte:

So soll Herr v. Rheinbaben einige Beziehungen des Kaisers über ihn erfahren haben, die seine Hoffnungen auf den Kanzlerposten auf absehbare Zeit als aussichtslos erscheinen ließen. Schon seit mehreren Wochen nämlich hatte sich die Stimmung des Kaisers gegen den sonst so wohlgeleiteten Finanzminister gewandelt und zwar wegen des Berliner Opernhauses. Nach Ansicht des Kaisers hätte nämlich das alte Opernhaus längst verkauft und das neue im Bau sein können, wenn der Finanzminister eine intensivere Tätigkeit in der Angelegenheit entwickelt hätte. Herr v. Rheinbaben hat diesem Lieblingswunsch des Kaisers nicht das erwartete lebhafteste Interesse entgegengebracht. Mit den Vorbereitungen für den Bau des neuen Opernhauses hatte der Kaiser den Geh. Hofkammerrat Gengzmer beauftragt der seit dem Jahre 1893 ordentlicher Professor an der technischen Hochschule in Berlin-Charlottenburg und leitender Architekt der Königl. Theater ist. Nach Gengzmers neuestem Plan soll das Opernhaus im Tiergarten am Kemperplatz, dem Eingange der Bellevuestraße gegenüber, mit einem Kostenaufwand von 24 Millionen Mark erbaut werden. Bei der gegenwärtigen Lage der Finanzen in Preußen ist es sehr gewagt, zu sagen, daß das Abgeordnetenhaus diese Summe bewilligt. In Erkenntnis dieser Sachlage blieb dem Finanzminister nichts weiter übrig, als das Projekt in der Schwebe zu lassen, selbst auf die Gefahr hin, daß er dadurch das Mißfallen des Kaisers erregen würde. Der Kaiser soll denn auch einige Bemerkungen in Bezug auf diese Sache gefallen haben und Freiherr v. Rheinbaben hat sofort, nachdem er Kenntnis davon bekommen, die Konsequenzen gezogen und seinen Abschied eingereicht, obwohl gerade ihm das gegenwärtige Milieu der Regierungspolitik ganz besonders zusagte.

Da hätten wir ja wieder einmal einen hervorragenden politischen Grund für die Absetzung eines Ministers. Uebrigens ist inzwischen die Ernennung Rheinbadiens zum Oberpräsidenten der Rheinprovinz erfolgt.

Die Ursache der Kolonialunruhen.

In Süd-Kamerun ist jüngst der deutsche Kaufmann Wreischneider von Malacca-Negeren ermordet worden. Ein genauer Kenner der süd-kamerunischen Verhältnisse und persönlicher Bekannter des Ermordeten, Herr Paul Krause, veröffentlicht nun in der „Berl. Morgenpost“ einen Artikel, der in die Ursachen dieser neuesten Negerehebung tiefe Einblicke gewährt. Herr Krause war noch am 21. März mit Wreischneider beisammen, der ihm erzählte, er wolle durch das Gebiet des Häuptlings Welle eine Expedition unternehmen, und sich von diesem Plan auch nicht durch die Vorhaltung Krauses abhalten ließ, daß der Häuptling nicht daran denken werde, die zur Expedition erforderlichen Träger zu stellen. Herr Krause nimmt nun an, daß Wreischneider mit Gewalt vorgegangen sei und vielleicht einige Weiber gefangen genommen habe, um die Männer zu erhalten. Diese ganz abenteuerlich klingende Annahme stützt der Gewährsmann der „B. M.“ auf folgende nicht minder ungeheuerlich anmutende allgemeine Behauptung:

Die Gefangennahme von Weibern ist nämlich eine mit Vorliebe angewandte Methode, um einen Druck auf die störrischen Männer auszuüben, denn das ist des Schwarzen empfindlichster Punkt. Nichts kann so sehr seinen Unmut wecken und ihn dem Weiben gegenüber feindlich stimmen als die Entführung seines Weibes. . . . Wenn der Weiße sich nun hinreisen läßt, das Lieblingsweib des Schwarzen gefangen zu nehmen, so wird er gefügig und kommt zur Arbeit, aber aber er wird wild. Dann erhält der Weiße mit seiner Begleitung keinen Proviant, es muß requiriert werden, kein Unterkommen ist zu finden, die Häuser werden gestürmt, die Weiber aus ihnen vertrieben. . . . Die Kriegslage ist da.

Wäre die Annahme Krauses richtig, dann wäre die Tötung Wreischneiders durch die Schwarzen ein gerechter Akt der Notwehr gewesen. Beim Straßenbau, erzählt Krause weiter, werden Hunderte von Schwarzen in brennender Sonnenglut zur Arbeit getrieben. Und „wehe dem armen Schwarzen, der aus der Reihe weicht! Mit Kolbenstößen wird er wieder zurückgetrieben.“

Am 25. April 1909 erhielt ein Vertreter einer in Süd-Kamerun ansässigen Handelsgesellschaft 200 Arbeiter vom Häuptling Wellemandma auf 6 Monate, 6 Mark pro Mann. Als die Kontraktzeit abgelaufen war, wollte der Vertreter der Gesellschaft die Leute zwingen, weiter zu arbeiten. Auch solche Sklaverei ist nach Krause eine gewöhnliche Erscheinung. Er schreibt darüber:

„Man muß sich solch einen abgearbeiteten Träger vorstellen. Er kann den Tag kaum erwarten, an dem er in sein Dorf zurückkehren kann. . . . Man zwingt ihn der Weibe, indem er ihm seinen wohlverdienten Lohn

nicht anzahl, weiter zu arbeiten. Die Sehnacht der Schwarzen wird sichtbar groß und unbewinglich. Da hilft er sich selbst und einfließt. Mathematisch ohne Geld. ... So habe ich einen Weissen gefunden, der sich durch aufgewrungene Leberarbeit und allerlei Schikane einer Schar von 260 Trägern auf diese Art entledigt.

Es waren dieselben Leute, die jetzt den Kaufmann Bretschneider ermordet haben. Noch vorher waren zehn Träger den langen Weg (vier Wochen!) bis zur Küste gegangen, um bei der Hauptleistung der Gesellschaft ihre Bezahlung zu verlangen. Aber auch da wurde sie ihnen verweigert mit der Begründung, daß sie keinen Ausweis von dem betreffenden Vertreter hätten. Und sie erboteten kein Geld, trotzdem sie ihren Kontrakt, der von der Regierung abgestempelt war, vorlegten.

Auch über die Art der Justiz, wie sie in Kamerun geht wird, macht Herr Krause bemerkenswerte Angaben. So erzählt er, daß der Bruder des Hauptlings N'Gelle Olang unter dem Verdacht, einen schwarzen Händler ermordet zu haben, vom Hauptmann v. Krosigk gefangen genommen worden sei. Man mußte ihn wegen Mangels an Weisern laufen lassen, verabsolgte ihn aber zuvor „eine gehörige Tracht Prügel“. Herr Krause hält scheinbar selber diese Mißhandlung eines Angeklagten, dem man nichts beweisen kann, für gerechtfertigt, denn er schildert Olang als eine „gehäßige Natur“. Ob man den bei den Eingeborenen einflussreichen Mann durch die Prügel, die man ihm verabsolgte, von seiner Gehässigkeit wohl geheilt hat?

Uebrigens haben die Weissen kein Recht sich über „Gehässigkeit“ der Schwarzen zu beklagen, wenn das, was Herr Krause zu berichten weiß, auch nur einigermaßen der Wahrheit entspricht. Gegen die infamste, grausamste Art der Sklaverei, gegen die empörenden Weiberjagden müssen sich die Eingeborenen zur Wehr setzen, weil sie Menschen sind und als Menschen solche Schändlichkeiten nicht ertragen können.

Der neue Kolonialsekretär Herr v. Lindequist wird hoffentlich so rasch für eine ehrliche und gründliche Untersuchung der erhobenen Beschuldigungen sorgen, daß es nicht mehr nötig sein wird, ihn im Reichstag an seine Pflicht zu erinnern. Ehe ein neuer Kolonialkrieg ausbricht, der Menschen und Millionen verschlingt, muß Aufklärung und Ordnung geschaffen werden!

Herr Dr. Lenze, der Wahlrechtsfeind. In seiner Rede, die der neue Finanzminister Dr. Lenze 1907 in der Magdeburger Versammlung des Vereins für Sozialpolitik hielt, hat er sich, wie berichtet wurde, auch über das Gemeinbewahlrecht ausgelassen. Er sang einen Lobgesang auf das Dreiklassen- und Zensuswahlrecht.

Es war nicht das erste Mal, daß Dr. Lenze seine Wahlrechtsfeindschaft zur Schau trug. In seinem früheren Wirkungskreise in Barmen hat er sich nicht nur in Worten, sondern auch in die Tat umzusetzen verstanden. Bei der ersten Stadtverordnetenwahl, die unter seiner Verwaltung in Barmen stattfand — es war 1899 — zeigte er, daß ihm die Städteordnung oder die bisherige Anordnung der Städteordnung noch zu vollständig war; er bildete das berühmte Schlafbruchensystem bis ins äußerste Extrem aus. Während der Auslegung der Wählerliste erhielten 1300 Personen — von insgesamt 17.500 Wählern der dritten Klasse — die nach der bisherigen und auch sonst ziemlich überall üblichen Praxis in die Wählerliste aufgenommen werden mußten, die Mitteilung, daß ihr Name in der Wählerliste gestrichen worden sei, weil sie keinen „eigenen Hausstand“ hätten. So wurden alle Unverheirateten, die nicht allein über ein Zimmer selbständig verfügten, ihres Wahlrechts beraubt. Die Mitteilung erhielten die Entrechteten zwei Tage vor dem Schluß der Wählerliste, sodas ihnen nicht einmal Zeit zum Einspruch blieb. Auch gegen die Herabsetzung des Wahlzensus auf die gesetzlich niedrige Grenze hat Herr Dr. Lenze stets seine ganze Autorität eingesetzt. Bis vor wenigen Jahren war in den rheinischen Städten die Wahlrechtsberechtigung an die Zahlung von Staatssteuermessern gebunden. Seitdem haben einige Städte sich veranlaßt sehen müssen, den Zensus auf die gesetzlich niedrige Grenze, also auf ein Einkommen von 860 Mark herabzusetzen. Auch Barmen. Als nun Herr Dr. Lenze kürzlich beruflich in Barmen war, hat er Stadtverordnete, mit denen er zusammenkam, abgefragt, als ob er ihr

Vorgelesener wäre, weil sie sich auf die Verabsiegung des Zensus eingelassen hätten.

In der oben erwähnten Magdeburger Rede hat Herr Dr. Lenze auch gesagt, die Staatsaufsicht könne gegenüber den Gemeinden nicht entbehrt werden, und er habe gefunden, daß der Staat immer den „besten Gebrauch“ von diesem Recht gemacht habe. Nun in Barmen hat der jetzige Finanzminister schon 1903 sich den Titel „freiwilliger Regierungskommissar“ verdient. In Ermangelung eines größeren Lokals hatten unsere Parteigenossen eine Wählerversammlung in ein festliches Zirkusgebäude einberufen, in der Genosse Weibel sprechen sollte. Oberbürgermeister Dr. Lenze mußte aber im letzten Augenblick die Versammlung in diesem Lokale zu vereiteln, weil es sich um ein städtisches Gebäude handelte. Er vertief sich auf die Regierung, die nicht dulde, daß sozialdemokratische Versammlungen in städtischen Gebäuden tagten. Nach seinen eigenen Worten ist das also der „allerbeste Gebrauch“, den der Staat von seinem Aufsichtsrecht gegenüber den Gemeinden macht.

Polenpolitik — Friedenspolitik.

Eine Berliner Korrespondenz teilt in einer Zuschrift aus Polen mit, daß ein gänzlicher Umschwung in der preussischen Polenpolitik bevorstehe. Die bisherige Kriegspolitik gegenüber den Polen soll jetzt in eine Friedenspolitik umgewandelt werden. Veranlassung hierzu habe die Neubefugung des Bischofsthules in Posen gegeben, der seit etwa 3 1/2 Jahren unbesetzt ist, weil man sich bisher über die Personfrage nicht einigen konnte. Neuerdings hätten nun geheime Verhandlungen mit Rom stattgefunden, die dann auch zu einer Verständigung führten. Die Neubefugung wird jetzt mit der Einweihung des Posener Kaiserpalastes zusammenfallen. Wie es in der Zuschrift weiter heißt, soll der Vatikan darauf hingewiesen haben, daß es nunmehr tatsächlich an der Zeit wäre, den Posten zu besetzen, denn die Lösung der Nationalitätenfrage würde nicht leichter und die Kirche hätte das größte Interesse daran, daß der Bischofsthuhl nicht länger verwaist bleibe. Der Vatikan hat zu erkennen gegeben, daß er bereit sei, die preussischen Wünsche in der Personfrage tunlichst zu berücksichtigen. — In Posener Domkreisen heißt es, daß die preussische Regierung erkannt habe, daß die Stellung eines deutschen Erzbischofs in Posen unhaltbar sei, man habe sich deshalb auf einen Polen geeinigt, der seine deutschfreundliche und vermittelungsfreundliche Gesinnung verschiedentlich dokumentiert hat.

Auch der Reichskanzler neige zu der Ansicht, daß mit freundlicher Polenpolitik weiter zu kommen sei, als mit einer Politik der Nadelstiche. Aus diesem Grunde soll sich auch das Verhalten der Polen im Abgeordnetenhaus in letzter Zeit verändert haben, und die sonstigen Polendebatten auf ein Minimum eingeschränkt worden sein. Auch das Verhalten der Polen bei der Erhöhung der Kronoblation spreche für eine Abmilderung guter Beziehungen mit den Deutschen.

Flucht aus den Reihen der Konservativen.

In einem Artikel des „Berliner Tageblatt“ war die „Deutsche Mittelstandsvereinigung“ den Konservativen zugeordnet worden. Dagegen erhebt nun der Vorstand dieser Vereinigung, Landtagsabgeordneter Kahardt, ganz entschieden Protest. In dem Schreiben heißt es:

Es ist eine bei den linksstehenden Politikern häufig anzutreffende Ansicht, unsere Vereinigung als ein Bestandteil der konservativen Partei anzusehen. Unsere Stellung zur Reichsfinanzreform, insbesondere zur Erbschaftsteuer und zum Hansabund sollte unseres Erachtens doch eudlich gezeigt haben, daß unsere Vereinigung weder ein Bestandteil der konservativen Partei ist, noch in dem Fahrwasser irgend einer anderen Partei segelt.

Wiel hat die Mittelstandsvereinigung politisch allerdings nicht zu bedeuten, dieses scharfe Abrücken von den Konservativen, die sich bisher stets als die berufensten Anwälte des Mittelstandes ausgegeben haben, verdient aber immerhin als symptomatisch vermerkt zu werden.

Ein Menetekel. Das Wahlergebnis von Friedberg-Büdingen gibt der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ Veranlassung, den Liberalen ein Menetekel zuzurufen. Im Wochenrückblick wird ausgeführt, daß die Liberalen wohl am liebsten sehen würden, wenn sie die Erinnerungen an den Friedberger Wahlauftritt so bald wie möglich los wären, oder wenn diese wenigstens beiseite gedrängt werden könnten. Und dann heißt es wörtlich weiter:

„Es liegt eben gar zu viel einfache Wahrheit in den Vorhaltungen über die Herkunft linksliberaler Mandate überhaupt, und es erfordert kein arithmetisches Genie, um nachzurechnen, was bei künftigen allgemeinen Wahlen herauskommen muß, wenn dabei die nackte Opposition alles und das eigene Programm nichts bedeuten soll. Vielleicht genügt die fortgeschrittene Volkspartei dann die Genugtuung, einmal auf ein halbes Duzend Siege beim ersten Anlauf hinweisen zu können, aber die Ehe unmittelbar hinterher trübe alle Freude, und das Ergebnis wäre nur ein kräftiger Verlust. Keine der bürgerlichen Parteien hängt in gleichem Maße von der Höhe ihrer parlamentarischen Vertreterzahl, also von der Geschicklichkeit ihrer Wahlkämpfe ab, wie der linksliberalismus. Das Lehren allein schon die Erwägungen, die zu seiner Fusion geführt haben.“

Auch die „Deutsche Tageszeitung“ beschäftigt sich noch einmal mit dem Verhalten der Freisinnigen. Das Blatt hat angeblich eine Reihe von Zuschriften erhalten, in denen mit aller Entschiedenheit verlangt wird, daß bei künftigen Wahlen der Freisinn von den „staatsverhaltenden“ Parteien keine Stimme mehr erhalten dürfe. Demgegenüber bemerkt das Blatt:

„Wir können diese Empfindungen wohl verstehen, aber wie möchten doch nicht von unserem Entschlusse abgehen, keine Politik ab irato zu treiben und dem Freisinn unter Umständen doch noch Zeit zur Befestigung zu lassen. Ohnehin ist die gegenwärtige Zeit schon aus rein äußerlichen Gründen nicht ganz geeignet, bindende politische Entschlüsse von weittragender Bedeutung zu fassen. Wir glauben also, daß man gut tun wird, sich zu einer Zeit zu gedulden und zu vertrauen, daß die politischen Führer den rechten Weg zur rechten Zeit finden werden. Dem Freisinn aber möchten wir noch einmal vorhalten, daß er sich durch die Stimmung weitest Kreise der rechtsstehenden Wählerklassen warmen lassen möchte, ehe es zu spät ist!“

Sozial Liebe und Rücksichtnahme hat ja der Freisinn von dieser Seite nicht einmal während der Blockade gefunden. Es muß den Agrariern höllisch heiß auf den Sohlen brennen, wenn sie den Freisinn mit sozialer Liebe umlangen. Sie wissen nämlich, was auf dem Spiele steht, wenn ihnen die liberalen Stichwahlstimmen nicht mehr zur Verfügung stehen. Usedom und Friedberg reden eine deutliche Sprache.

Die Reichsversicherungsordnung und die Gewerkschaften. Auf Anregung des Zentralverbandes der Handlungs-Gewerkschaften und Gehilfen haben 427 örtliche Kartelle der freien Gewerkschaften, die über eine Willkür Arbeiter und Angestellte vertreten, zur Reichsversicherungsordnung, und zwar insbesondere zu dem Ausbau der Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung, Stellung genommen. Die Erklärung, die von allen beteiligten Gewerkschaftskartellen gleichlautend abgegeben worden ist, besagt, daß die Kartelle für die Verbesserung der staatlichen Kranken- und Unfallversicherung, sowie für eine ausreichende Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisensversicherung zusammen aller Schichten der Lohnarbeiterschaft eintreten und auch die diesbezüglichen Bestrebungen der Privat-Unternehmen auf Nachdrücklichste unterstützen. Dabei stellen sich die Gewerkschaftskartelle auf den Standpunkt jenes Teils der Privatangestellten, der für sich nicht ein Sondergesetz, vielmehr eine ausreichende Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisensversicherung im Rahmen der Reichsversicherungsordnung durch höhere Leistungen in den jetzt bestehenden Lohnklassen und durch Erreichung höherer Lohn- und Beitragsklassen fordert. Die Gewerkschaftskartelle schließen sich, wie die Erklärung weiterhin sagt, „bielen Wünschen an und richten an die Gesetzgebung das Ersuchen, sie in der Reichsversicherungsordnung und zwar so zu erfüllen, daß die Berufstätigen an sich nicht zum Anlaß genommen werden darf, irgend eine Kategorie der Versicherten zu benachteiligen. Hinsichtlich der Festlegung des Invaliditätsbegriffes jedoch ist die bisherige Tätigkeit der Versicherten, ebenso wie seine Ausbildung, Kräfte und Fähigkeiten voll zu berücksichtigen.“

Einem lieblichen Strauß von antisemitischen Schimpfereien findet man im „Sammer“ vom 16. Juni 1910, parteilose Zeitschrift für nationales Leben. Es heißt da:

„Unser neumal aufgelöstes Demokraten wollen zwar von der Bibel nichts wissen, merkwürdigerweise aber wählen sie ihre Führer und Heiliger vorwiegend aus dem Stamme der alten Propheten. Im Heilbericht des „Vorwärts“ über die Malice der Parteileitung und der Gewerkschaften (Nr. 102 vom 3. Mai) sind unter

Roland von Berlin.

Roman von Willibald Alexis (W. Spring.)

107]

„Schau, die Störche sind auf dem Nest“, rief ein Ritter dem anderen zu, als er Bürger mit Pfen und Säuben auf den Mauern sah.

Da sie um eiltige Schritte dem Tore nahe waren, hielten die Ritter, und der Aurfürst, der hoch zu Ross saß, wandte den Kopf um: „Es ist geschloffen“, sprach er, und sein Bild forschte umher unter dem Gefolge und verweilte bei den Herren aus der Stadt und den Bürgern, die weder bewaffnet, noch geschmückt als die Ritter, vielmehr mit sehr nachdenklichen Gesichtern und die Augen zu Boden blickt hinter ihm ritten. Ihr Herren und Meister, man lud mich ein zum Nichten, wie, und das Tor ist nicht geöffnet!“

Die Meister von den Gewerken schwiegen, und blickten kaum auf; „So voll Hobeit und Born war sein Aug“.

„Unabhängiger Herr“, sprach der eine von den Edlmen Herren, „da wir in den schweren Zeiten nicht wissen, wer uns Freund ist oder Feind, halten wir die Tore vor männiglich geschlossen, bis daß er uns kund gibt, er ist unser Freund.“

„Soll mich also umwahlen!“ sprach der Aurfürst, und sein Aug leuchtete sonderbarlich.

Da sprengte auf seinen Wink einer seiner Hauptleute bis auf die Brücke am Tor, und zween Trommeters mit ihm. Die stießen wieder ins Horn und er rief mit lauter Stimme: Ihr Ratmannen und Bürger unserer lieben Städte Berlin und Cölln! Herr Friedrich der Andere, Euer gnädigster Landesheerr, der Markgraf von Brandenburg ist und Aurfürst des heiligen römischen Reiches, läßt Euch seinen Gruß entbieten, und vermelden, daß er kommen ist, als Ihr ihn gebeten, Euren Streit zu schlichten, und er steht vor Euren Toren.“

Darauf ward alles still, die Köpfe schraubten nicht, und einen Augenblick raffelten auch nicht die Harnische, aber drinnen mummelte es und tobte, wie wenn das Meer gegen Mauern handelt. Die Blide der Herren begegneten sich fragend und dann wandten sie die Augen wieder auf die Mauern. Nur der Markgraf bewegte sich nicht. Wie ein in Erz gegossenes Ritterbild sah er aufrecht zu Ross und schaute mit finsternem Ernste auf die eisenschlagenden Lorflügel. Da flüsterte ein Ritter, war's her Graf von Anspyrade, ihm zu: „Als ich sagte, nicht Schlüssel, Aerte werden die Tore schließen.“

„Da sei Gott für“, entgegnete her Herr Kopfschüttelnd, und wies auf die Mauer, wo drei Ratsherrn so erschienen. In

ihrer Mitte Konrad Ryle, der trat an die Brüstung vor und lehnte sich über: „Des freuen die Städte sich von Herzen sehr, daß unser gnädigster Herr und Markgraf, den Gott erhalte, ist kommen auf Bitte eiltiger unter uns, um zu vermitteln unter uns, was streitig ist; und fragen die Ratmannen ehorbarlich durch mich an, ob wir vom Rate hinauskommen wollen, und ihm fürtragen unsere Sache, demütiglich als es sich schickt, oder ob der hohe Herr selber geruhen will, mit seinen Räten einzutreten in unser Tor, als wo dann der Rat es wird aufschließen lassen, um den Fürsten, und was seine Dienerschaft ist, und die Räte, so er namhaft macht, einzulassen.“

„Seiliger Christ im Himmelreich!“ schrie der Herr Ryle auf. „Uns an Tor abzählen wie die Schafe!“

„Dein Herr und Markgraf heißt und bestiehlt von Euch, als Ihr seid seine Untertanen“, fuhr der Hauptmann mit noch härterer Stimme fort, „daß Ihr sonder Jögerung aufschließt Eure Tore vor ihm, der Euer Herr ist, und er wird eintreten lassen, wen er will, und draußen lassen, wen er will.“

Da entgegnete Konrad Ryle: „Heil und Segen unserem gnädigen Herrn, und ein langes Leben; und Gott schütze sein Recht! Aber das ist nicht sein Recht, vielmehr ist's unferes, einzulassen mit Mann und Ross niemand, denn den der Rat will, und ihn geruhen hat.“

Da kummelten die Ritter, die zunächst standen, ihre Roffe, und hundert Flüche und Drohungen stießen sie aus. Einige sprengten auf die Brücke und hoben die Häufte brohend in die Höhe.

„Aufgemacht!“ schrie einer und rief den Speerschaft gegen das Tor. „Aufgemacht!“ rief ein anderer, „wir alle sind die Räte, so Euch richten wollen!“ — „Aufgemacht!“ ein dritter, „benn 's ist kalt. Wir wollen Euch einheizen.“

„Die Schlüssel!“ schrie der Markgraf. Die Schlüssel her, und auf den Anien Abbitte getan, daß Ihr Euren Herrn warten laßt.“

„Vor Euren Laufereit warten!“ fiel der junge Puel ein. „Die Schlüssel sind des Rates und nicht des Fürsten“, sagte der Ryle.

„Und Deine Knochen des Schinders“, schrien dreie. „Aufgemacht, ehe ich fünf zähle, oder bei allen Märtyrern“, rief der Markgraf Wilhelm Voh.

„So Ihr uns, bis Ihr fünf zählt, Beweiss gegeben, daß der Markgraf das Öffnungsrecht hat, werden wir Euch das Tor geöffnet haben, wenn Ihr fünf ausgezählt.“

Da sprengte Otto Puel, der Jüngere, noch näher, und schwang die Streitart, so er in der Hand hielt, als wär's ein Heberholl, und zwischen den Säulen knirscht es ihm, und sein Maul riß er weit auf: „Beweiss willst Du, du Roffekrämer, Du

Qund, den Beweis Tr an den rüudigen Kopf!“ und er schleuderte die Streitart in die Höhe; und es hätte wenig gefehlt, sie wäre dem ehrbaren Herrn Konrad an die Stirn gestossen. Aber sie schlug nur gegen die Brüstung, und schlug ein gut Stück vom dem Stein ab, daß die Splitter umherflogen, und alles auf der Mauer fuhr zurück. Die Art stog in den Graben zurück.

Nun war der Darm groß, drinnen wie draußen. Die Mäcken hörte man nicht mehr vor dem Gesirei. Zehn Langenschaft stehen zugleich an die Lorflügel: „Aufgemacht, Ihr drinnen!“ Hat der Landesheerr keine Freunde in der Stadt?“

Der Aurfürst aber, wer ben ansah, mochte sich verwundern. War sonst doch ein rühriger Herr; sprach wenig und dachte mehr. Aber wo's not tat, fehlte er nie. Sah aber ist noch immer als das Steinbild zu Ross, den Leib nur etwas über-geleckt, und die Augen, als wären sie einen Geist. Ohne die Streitart, ja da hätte er wohl mitgesprochen und seine Herren zuricht gewiesen, denn unnütz Schimpfen liebte er nicht.

Drinnen schwang auch einer ein Weil, aber es war ein blutig Meßgerbeil. Klaus Rindene stand auf dem Eckstein und sprühte den Leuten das Feuer in die Adern, wie Kaiser Baplin den Bark Kuchemech dazu gefordert, der aber mocht's nicht. Klaus war ein Faselhans, und verrossen, und machte schlechte Würste, und mit seinem Weibe prügelte er sich alle Tage, daß es den Nachbarn ein Vergernis war, und darum ging es schlecht mit seiner Nahrung. Aber wenn er geruhen hatte, und man ließ ihn los in der Morgensprache, dann war er als ein Edelhändchen in seinem Rade, oder als ein Tiger in seinem Käfig.

Der schrie's mit seiner gellenden Stimme den Knochenhauern und den anderen zu, daß sie Esel wären und Narren, wenn sie ihn die Gelegenheit verriethen ließen, und dem Rat glaubten und seinen Märchen, und den Markgrafen, der ihnen zu helfen da sei, brauchen ließen.

„O, ihr lieben, grauen, grünen, gelben Esel! Wollt Ihr in alle Ewigkeit Stockische bleiben? Wollt Ihr Euch aufbinden lassen in alle Ewigkeit ihre Märchen? Die Wurst mit Jubel-fleisch, wer hat sie gestotten? Die Leerbüste, wer hat sie Euch angekömmt? Der mit Eurer Dummheit Wunder trieb und Eure Augen Euch um ein Fintenaug“ abkaufte. Vor der Brücken steht einer, mit dem Schwert des Herrn Wollt Euch noch mal das alte Märlein aufbinden lassen, daß die Herren Eure Väter sind, noch mal Euch beschwören, daß Ihr gegen Euch selber müht! Das Märlein stinkt! Achte Ihr's nicht? Werd und Brand, nicht gefadelt. Jetzt, Brüder, nicht gefadelt. Umset Recht steht vorm Tor, schließt's ihm auf. Brecht die Stangen! Nieder mit ihnen!“

(Fortsetzung folgt.)

den Leitern und Rednern merkwürdig wenig Träger deutscher Namen. (Höchst Aufzählung üblich lingenamer Namen) Der lieben Gott haben sie sich offenbar mit Haut und Haaren verschrieben. Wenn es nur in Wahrheit nicht das Volk des Kreuzes wäre! Wenn eine große Partei heute noch so wenig Einsicht und gesunden Instinkt besitzt, daß sie die größten Volksverführer und Menschen in der noch nicht durchschaut dann hat sie die Anwartschaft auf höhere Intelligenz und gütlichere Führung verschert. Die „alten, faulen Monarchen“ können sich gratulieren, daß ihr grimmiger Feind an seiner Selbstvermichtung arbeitet! Der Sohn des Hasses, der noch jede Klasse und jede Partei ruiniert hat, die in seine Hand kam, wird naturgemäß auch die Sozialdemokratie zugrunde richten.

Der „Hammer“ strebt die Regeneration der „deutschen“ Klasse in starrm nationalem Eifer an und will unentwegt für die „Veredelung“ des „Germanentums“. Haben die alten Germanen den Mund auch so weit aufgerissen? Um in demselben Tone antworten zu können, müßte man preussischer Unteroffizier mit Tropentoller sein. Sonst trifft man nicht!

Der Jussit in der sächsischen nationalliberalen Partei. Der nationalliberale Landtagsabgeordnete Langhammer in Chemnitz war sowohl von der nationalliberalen Fraktion des sächsischen Landtages, als auch vom Landesverein und dem Vorstand des Chemnitzer Vereins, wegen seines Verhaltens in der „Tage“-Märe desabonniert worden. Zur Gegenüberstellung dieser Zustände hat eine Mitgliederversammlung des nationalliberalen Vereins in Chemnitz im Abgeordneten Landtag nunmehr ein Vertrauensvotum ausgesprochen. Damit ist der Jussit im nationalliberalen Lager neuerdings alut geworden.

Die Verhandlung gegen den Oberpostassistenten Jollitsch vor dem Kaiserlichen Disziplinarhof in Leipzig fand am Montag statt. Bekanntlich ist Jollitsch im Disziplinarwege zur Strafverurteilung und zu einer Geldstrafe verurteilt worden, weil er als erster Vorsitzender des Verbandes mittlerer Post- und Telegraphenbeamten es zugelassen hatte, daß in seinem Verbandorgan „Deutsche Postzeitung“ Artikel „ankreuzenden Inhalts“ veröffentlicht wurden. Sein Einwand, auf die Keimzelle seiner Partei gehabt zu haben, wurde als nichtig abgewiesen. Da der Kaiserliche Disziplinarhof eine Verurteilung, nämlich zur Strafverurteilung gelangt ist, so wird der ohnehin tatsächliche Jollitsch seine Pensionierung beantragen. In Anerkennung der Verdienste, die sich Jollitsch als langjähriger Leiter um den Verband erworben hat, dürfte der Verband dann durch seinem Dank Ausdruck geben, daß er ihn zu seinem befohlenen Vorkandidaten ernannt.

Neue Schlammkuten. Die „Deutsche Tageszeitung“, das reaktionäre Bundeblatt, verurteilt froh: „Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, hat eine neue Flugchrift, „Ein Wort an die Landarbeiter“ herausgegeben, in welcher ausgeführt wird, daß die Sozialdemokratie der unverwundliche Feind der Landarbeiter ist und bleiben muß. Wir können diese wirksame und verdienstliche Flugchrift nur angelegentlich zur Verbreitung empfehlen!“ Die Sozialdemokratie als Feindin der Landarbeiter! Das ist wenigstens einmal etwas Neues.

Ausland

Dreiviertel Jahre radikales Ministerium.

Am Dienstag trat das neu gewählte dänische Folkething zu einer kurzen Sommerberatung zusammen. Ganz anders als sonst, waren diesmal die Eröffnungsfeierlichkeiten. Früher konnte die Eröffnung des Reichstags nicht stattfinden, ohne daß vorher ein Gottesdienst für die Abgeordneten, an dem auch der Hof und was sonst noch eine Uniform tragen darf teilnahm, und in dem dann die Abgeordneten von der Kanzel herunter belehrt wurden, wie sie ihre Mandate auszuüben hätten. Die jeweils wichtigsten Fragen wurden von dem Gesandten durchgegangen, so noch im vorigen Sommer; als das verfloßene Folkething vor der Beratung der Militär- und Befestigungsvorlage stand, hielt der Vizepräsident eine fulminante Rede für den Militarismus, und witterte gegen alle, die einen Einklang zwischen Christentum und Militarismus leugneten.

Diesmal bei der Eröffnung des Parlamentes konnte die Kirche ihren Saal für sich behalten, ein sogenannter Gottesdienst fand vorher nicht statt. Keine glitzernden und bunten Uniformen, keine Ordensträger, kein gaffendes Pöbel; alles ging ruhig ab im Parlamentsgebäude selbst. Und auch hier war es wie bei einer gewöhnlichen Sitzung; keine rote Vallustrade, auf der sich die uniformierten Minister in einer Reihe zeigten, wie sonst, sondern von seinem gewöhnlichen Platz aus grüßte der Ministerpräsident an, daß der Reichstag eröffnet sei. Wodurch berührte diesmal das Schreiben des Königs, das nicht mehr in den mittelalterlichen Floskeln abgefaßt war, in denen der König den Ministerpräsidenten dinstete. Daß dieser alte Hof gefallen ist, nebst den Uniformen der Minister, ist dem radikalen Ministerium zu danken. Ob diese jedoch nicht wieder unter dem kommenden liberalen Ministerium eine feierliche Aufstellung feiern, ist noch nicht ganz abgemacht. Doch wie dem auch sei, dieses Mal wurde das Parlament ernst und würdig, ohne höfischen Klambüttel, eröffnet, und es ging auch so. Aber bei dieser eigen Gelegenheit schon konnte man so gut den Unterschied merken zwischen früher und jetzt. Und es soll daher auch gleich gesagt sein, daß das Ministerium heute in seiner dreivierteljährigen Amtsperiode alles versucht hat, Dänemark zu modernisieren. Und von diesem Gesichtspunkt aus bedarf auch die sozialdemokratische Partei, daß nun die Sterbestunde dieses Ministeriums geschlagen hat.

Bekanntlich hat Jagle nach den Wahlen seine Demission einreicht, weil die Mehrheit des neuen Folkthings eine liberale und keine radikal-sozialdemokratische ist.

Gegen die Schundliteratur.

Der große Rat von Zürich hat nach einem Bericht des Genossen Seidel zum Schutze der Jugend vor schlechten Einflüssen folgende Maßnahmen gutgeheißen: 1. Einschreiten der Polizeibehörde gegen unzüchtige Schriften oder Abbildungen. 2. Verbot des Besuchs von Kinematographen-Theatern durch Schüler ohne Begleitung Erwachsener, soweit nicht das Programm vom Schulvorstand genehmigt ist. 3. Förderung guter Literatur durch die Schulbehörden. 4. Förderung der Betätigung der Jugend in Handarbeit, Wanderausstellungen und Familienkärten zur Einschränkung der müßiggängerischen Lebensweise.

Das Gede Finnlands. Der Jar bestatigte das von der Reichsversammlung und dem Reichsrat angenommene Finnlandgesetz, das die Selbstständigkeit Finnlands untergraben soll.

Spanien gegen den Klerus. Von dem Kampfe gegen den Klerikalismus in Spanien wird gemeldet: Der König hat das Dekret unterzeichnet, das den religiösen Eid bei allen bürgerlichen Handlungen abschafft. Die betreffende Vorlage soll dem Senat alsbald zugehen.

Damit hat nun glücklich Spanien selbst Preußen überholt, in dem der religiöse Eid heute noch als unantastbar gilt.

Die Gewerkschaftsbewegung in Spanien. Neben den Auswirkungen der wirtschaftlichen Krise haben auch die politischen Wirren einen höchst nachteiligen Einfluß auf die spanischen Gewerkschaften ausgeübt. In den letzten Jahren selbst konnten sie einen Mitgliederbestand von rund 43.500 behaupten, doch hat der Winter 1909/10 einen Verlust von 2578 Mitgliedern gebracht. Im Juni d. J. waren der Landeszentrale 40.984 Gewerkschaftsmitglieder angeschlossen. Die größte Mitgliederzahl hatten die spanischen Gewerkschaften im Jahre 1904; sie betrug damals 46.900.

Im Jahre 1909 waren die angeschlossenen Gewerkschaften in 107 Streikbewegungen verwickelt; davon waren 69 Angriffsstreiks und 47 Abwehrstreiks. Mit Erfolg wurden 28 Angriffsstreiks oder 26 Prozent der Gesamtzahl, und 23 Abwehrstreiks oder 50 Prozent derselben beendet, während 31 Angriffsstreiks oder 68 Prozent und 23 Abwehrstreiks oder 50 Prozent zu Ungunsten der Arbeiter endeten.

Eine Nachwahl in Frankreich. Bei der für den vorerwähnten sozialistischen Deputierten Chaudoire im 15. Pariser Bezirk abgehaltenen Ergänzungswahl erhielt die Presse (gezügelter Sozialist) 4817, B. Aramon (kons.) 4072 und Chéroux (Soz. Rab.) 3460 Stimmen. Es ist also eine Stichwahl erforderlich.

Der sächsische Arbeiterverband. Bei der für den vorerwähnten sozialistischen Deputierten Chaudoire im 15. Pariser Bezirk abgehaltenen Ergänzungswahl erhielt die Presse (gezügelter Sozialist) 4817, B. Aramon (kons.) 4072 und Chéroux (Soz. Rab.) 3460 Stimmen. Es ist also eine Stichwahl erforderlich.

Zwei neue Unionsstaaten. Beide Häuser des Kongresses haben die Aufnahme der Territorien New-Mexiko und Arizona in die Reihe der Bundesstaaten beschlossen. Da an der Zustimmung des Präsidenten nicht zu zweifeln ist, so wird die Union von nun an 48 Staaten zählen. In der Reihe der Gebiete, die an der Spitze des Bundes keinen Anteil haben, nur Ohiola, die nicht Subjekte der Gesetzgebung sind, verbleiben nur noch der District Columbia mit der Bundeshauptstadt Washington, das Indianer-Territorium (nicht zu verwechseln mit dem Staat Indiana), Alaska im fernen Norden, das durch Canada vom Unionsgebiet getrennt ist, und Hawaii in der Südsee. Damit werden die Vertreter beider Gemeinwesen im Repräsentantenhaus, wo sie bisher nur beratende Stimme hatten, stimmberechtigt. Jeder von ihnen entsendet zwei Mitglieder in den Senat. Beide nehmen Teil an der Präsidentenwahl. Und die Flagge der Vereinigten Staaten erhält zwei neue Sterne.

Beide Staaten liegen im Südwesten zwischen Texas und California und gehören wie diese früher zu Mexiko, von dem sie 1848 an die siegreiche Union abgetrennt wurden. New-Mexiko (1850 als Territorium konstituiert) zählte 1900 auf 318.000 Quadratkilometern 195.300, Arizona (1863) auf 295.000 Quadratkilometern 122.900 Einwohner. Sie sind insofern noch lange nicht die kleinsten Staaten. Wyoming (Staat seit 1890) zählte 1900 nur 92.500, Nevada (1864) gar nur 42.800 Einwohner. Im Senat hat jeder von ihnen ebenso seine zwei Vertreter wie New York mit heute etwa 8 Millionen Einwohnern.

Aus den Gerichtssälen.

Wenn Streikende vor Gericht stehen. Die Ziegeleiarbeiter W. S. und L. aus Holzhausen waren angeklagt, am 21. Mai d. J. den Direktor Starke von dem Lomerte „Denk“ in Holzhausen bedroht, durch Drohungen und Täuschungen andere zur Teilnahme am Streik bestimmt und durch eine Pagenmisset den Direktor Starke bestiftigt zu haben. Der Arbeiter L. wurde aus der Untersuchungshaft vorgeführt.

Die Arbeiter des Denka-Werkes hatten mit dem früheren Direktor einen Lohnvertrag bis zum Jahre 1911 abgeschlossen. Aber am 1. Januar d. J. trat dieser von seinem Posten zurück und an seine Stelle trat Direktor Starke. Neue Forderungen auf 10 Prozent besser, wenn der Lohnvertrag abgeändert, das heißt eine Lohnreduktion vorgenommen würde. Die Arbeiter weigerten sich jedoch, den neuen Vertrag zu unterzeichnen und traten am 12. März in den Ausstand. Am 21. Mai nun soll einer der drei Angeklagten, die zusammen auf Streikposten standen, bei einer Begegnung mit dem Direktor gesagt haben: „Der Herr der Hund muß langsam verrecken und gepöbeln werden.“ Weiter wird dem Angeklagten L. besonders zur Last gelegt, daß er Arbeitswille „Streikbrecher“ geschimpft und mit Steinen nach ihnen geworfen habe. Am Abend desselben Tags gegen 7 Uhr, sind W. und S. am Direktionshaus vorbeigegangen. Einer von ihnen soll zum andern gesagt haben: „Wenn du morgen wieder auf dem Denk arbeitest, so kommst du an den Streik und dann kommt der Direktor dran.“ Und schließlich Nacht gegen 12 Uhr sollen die Angeklagten vor dem Direktionshaus gelaufen und Ruckuck gerufen, sowie auch Lärm gegen das Haus geblasen haben.

Dem schmeißigen Herrn Direktor war ob dieser Vorfälle schweiß geworden. Er erklärte, daß er direkt nicht bedroht worden war, aber er habe die Drohungen auf sich bezogen. Aber sie ausgestoßen hat, vermag er nicht zu sagen, wohl aber will er L. bestimmt erkannt haben, als er in der Nacht zum Wurf gegen das Haus auslief. Er habe L. Zuchtstücker genannt und einen Schredtschuh abgefeuert. Er sei fortwährend belästigt worden, weil er die Forderungen der Herren Arbeiter nicht bewilligte. Er gibt zu, daß er die Abfist hatte, weil preussische Arbeiter einzustellen, um billiger wegzukommen. Da der Herr Direktor behauptete, die Arbeiter seien ohne Grund weggegangen, will der Verteidiger Dr. Hilber feststellen, wie es mit dem alten Vertrag und dem Lohnabgängen stand. Der Herr Direktor erklärte fols, daß er dem Verteidiger nicht Rede stehen wolle; aber der Vorsitzende sah sich doch genötigt, dem Herrn Direktor zum Reden zu veranlassen. So mußte er denn bekennen, daß die Leute den neuen Tarif anständig unterschrieben wollten. Aber sie wollten auch wissen, was nun mit den billigeren Werkpreisen würde. Da aber sagte der Direktor schroff: „Das geht euch nichts an!“ Hierauf legten die Arbeiter natürlich die Feder weg und der Streik begann. Auf Befragen des Verteidigers, ob es wahr sei, daß der Direktor zu den Arbeitswilligen gesagt habe: „Dort stehen die Verbrecher, die Streikposten, haut ihnen den Wanst voll!“ erklärte der Herr Direktor, er könne sich nicht erinnern.

Das Schöffengericht verurteilte alle drei Angeklagte. L. erhielt einen Monat Gefängnis, S. und W. wurden mit je 40 Mark Geldstrafe belegt. Da aber nicht festgestellt werden war, wer die „bedrohenden“ Redensarten gebraucht hatte, so verurteilte das Gericht eben alle drei mit der ebenso wunderbar schärfen wie juristischen Definition, daß die andern beiden - vorausgesehen hätten, daß der Dritte die Drohreden ausstoßen werde und darum hätten sie die Drohreden auch begibt. Diese Annahme sei für das Schöffengericht unbedenklich, erklärte der Herr Oberamtsrichter Justizrat Dr. Schmeider. - Was den Schöffengerichten bei den Arbeitsfällen von Studenten sonst nie gelang, nämlich den Beweis zu führen, daß die Verdächtigten in betäubtem und gewolltem Zusammenwirken handelten, sah Herr Schmeider den Angeklagten kreißelnden Arbeitern gegenüber als unmöglich an. **Wider Klassenjustiz gibt es nicht!**

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Wesig, 6. Juli. Mord oder Unfall? Am Sonnabend wurde bei Milosine die Leiche eines seit fünf Tagen vermißten Schiffers an der Oder gezogen, die so schwere Verletzungen am Kopfe aufwies, daß der Verdacht eines Mordes nicht von der Hand zu weisen ist. Der Schiffer war am Sonntag, den 28. Juni, 25 Jahre alt geworden und hatte diesen Tag bei der Einweihung des Geyper'schen Gasthauses in Gollschwitz gefeiert. Er ist dann zum letzten Male gesehen worden, wie er mit einem Vereingenosien, mit dem er auf gepanzerter Straße gestanden haben soll, das Gasthaus verlassen hat.

Wesig, 6. Juli. Es bleibt dabei. Am 1. Mai hielt der sozialdemokratische Wahl-Verein eine Festlichkeit mit Tanzveranstaltungen ab. Zwar hatte die Polizei die Festlichkeit gestillt, aber das Tanzvergnügen verboten. Da ein Verein aber nach dem Vereinsgesetz zu seinen Veranstaltungen keiner Erlaubnis bedarf, sondern nur anzu-melden hat, so wurde eben auch gestillt, trotz des Verbots. Dafür erhielt der Vorsitzende, sowie der Gastwirt, je ein Strafmandat über je 8 Mark. Trotzdem der Angeklagte die Beschleunigung über die An-meldung in den Händen hatte, trotzdem er sich auf das Vereinsgesetz beruft, ist das Gericht der Meinung, daß das Vereinsgesetz in dieser Sache gar nichts zu tun habe. Das Gesetz spreche nur von „Ver-sammlungen“ und daher müßte eine Verurteilung erfolgen. Die beim Staatsanwalt eingelegte Klage wegen Ausstiegsbeschränkung gegen den Schenkwirt Wisniasch ist zurückgewiesen, weil er sich in „Aus-sübung seines Amtes“ befand. Gegen diesen Bescheid wird Beschwerde beim Oberstaatsanwalt geführt.

Wesig, 6. Juli. Er will nicht beorientiert sein. Der elatsmäßige Postsekretär Gabel von hier hat bei seiner Veretzung in den Ruhestand nach einundvierzigjähriger Dienstzeit die Annahme des ihm angebotenen Kronenordens vierter Klasse abgelehnt. - Und wie viele sehnen sich nach einem solchen Wiewas.

Striegau, 4. Juli. Als Urheber der nächtlichen Explosion in den Anlagen wurde ein Schüler des Real-gymnasiums ermittelt; es handelt sich, wie wir schon gang-richtig vermerkten, um einen Dummensinnigenstreich, aus dem man gar zu gern „etwas machen wollte“.

Reichenbach, 5. Juli. Bligschlag in eine Kirche. Bei dem am Sonntag von Hagelschlag begleiteten schweren Gewittersturm in Pellan ein Bligstrahl in den Turm der katholischen Kirche, dessen Dach er beschädigte. Er zerstörte mehrere das Turm- und Chorarchitektur, nahm durch mehr als 20 Pöcher seinen Weg durch einen Teil der Orgel und die Chordiele und beschädigte den Hochaltar, doch nur in geringer Weise. Im Pfarrhause wurden sämtliche elektrische Leitungsanlagen zerstört. - In Neudorf schlug ein Blig im Gehöft des Gutbesizers Wilhelm Marx in den Schwarzeichhof, erschlug an der Tür einen Hahn und eine Henne, ohne aber die Schweine zu beschädigen. Der obere Teil der Stallung brannte nieder. Während der Löscharbeiten kam plötzlich Hochwasser an, durch welches die in dem Flußbett der Welle stehende Neudorfer Spritze sehr gefährdet wurde, doch gelang es, dieselbe noch rechtzeitig heranzuziehen.

Wesig, 6. Juli. Noblesse oblige. Diesen sonst in gewissen Kreisen geltenden Ausspruch scheint der Herr Rittergutsbesitzer und ehemalige Rittermeister Schneider aus Dhas nicht auf sich zu beziehen, der, wenn auch unbedachtigt, so doch durch die Beschaffenheit seines Pferdegeschirres, den Unglücksfall indirekt verschuldet hat, von dem am Freitag der kleine Jüdel betroffen wurde. Schon am Freitag schien seine einzige Sorge zu sein, so schnell wie möglich wieder nach Hause zu kommen, obwohl er wußte, daß der überfahrene Knabe in nächster Nähe bei einem Arzt verbunden wurde. Auch bis heute ist es ihm nicht eingefallen, sich bei den Eltern nach dem Befinden des verletzten Knaben, dessen Zustand ein ziemlich besorgniserregender ist, zu erkundigen. Nur dem am Freitag den Tatbestand aufnehmenden Polizeibeamten gegenüber, gab er die Erklärung ab, daß er für den „Schaden“ aufkommen wolle, „wenn die Eltern Ersatzansprüche stellen würden.“ Abel verpflichtet.

Wesig, 6. Juli. Verleumdung des Ersten Staats-anwalts Hannemann und des Schöffengerichts Gabel. Der Gartenarbeiter Johann Cyba wurde feinerseit von der hiesigen Strafkammer wegen Mißfallsdiebstahls zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt. Er glaubte, daß ihm Unrecht geschehen sei und machte dem Ersten Staatsanwalt Hannemann, der aus früheren und dem letzten Prozeß gegen die „Wesiger Volkszeitung“ wegen seiner aggressiven Haltung bekannt ist, viel Arbeit mit fortwährenden Ein-gaben. Schließlich veranlaßte dieser vor dem Schöffengericht die Ver-strafung des Cyba wegen Dummheitens. Bei der Verhandlung im April d. J. trat Hannemann als Zeuge auf. Nachdem der Amts-anwalt drei Monate Gefängnis gegen Cyba beantragt hatte, entwidmete sich eine hochdramatische Szene. Der heftig erregte Ange-klagte nannte die zu Gericht Sitzenden „Gauner“ und sagte zu den Schöffen: „Wenn ich einen Schuster hierher setze, der mich zerschneidet, so gut.“ Der Spektator Donath, der einer der beiden Schöffen war, schloß sich dadurch in seiner Ehre verletzt und hatte Verleumdungsklage angehängt. Der erregte Angeklagte warf dem Ersten Staatsanwalt vor, daß er in seiner Sache einen Meineid geleistet habe. Hannemann hatte ebenfalls Verleumdungs-klage erhoben. Das Schöffengericht rückte die Verleumdungen mit 6 Wochen Gefängnis. Der Angeklagte legte hiergegen Berufung ein, die jedoch von der Strafkammer verworfen wurde.

Posen, 6. Juli. Eisenbahners Ende. Sonnabend Vormittag zwischen 10 und 11 Uhr wurde der Gillysreimer Franz Baganiak auf dem Bahnhofe Kobylewo beim Rangieren überfahren. Baganiak, der erst sechs Monate verheiratet war, ver-starb an den Folgen des Unfalls auf dem Transport nach dem Krankenhaus.

Bromberg, 6. Juli. Durch Hufschläge getödtet. Einem Kutscher der Firma Eugen Krüger gingen in Schlenkenhof die Pferde durch. Bei dem Verlust, die wild gewordenen Tiere an-zufassen, stürzte der Bedauernswerte vom Wagen und wurde durch Hufschläge getödtet. - Der hier bei den Ringländen im „Kon-fordia-Theater“ aufstretende Meisterschaftsinger Lasartesse wurde auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft in Wülhausen i. G. wegen Entführung einer Minderjährigen verhaftet.

Schneidemühl, 6. Juli. Im Streit erschlagen. Einen traurigen Ausgang nahm ein ehelicher Zwist in dem benachbarten Hasenberg. Der Knüttler Falter war in der Nacht mit seiner Frau in Streit geraten, weil sie ohne sein Wissen ein Schwein verkauft hatte. Als die Frau der Aufforderung, ihm das Geld herauszugeben, nicht nachkam, geriet er in Wut und ver-setzte ihr einen Faustschlag gegen den Kopf. Die Frau fiel dabei auf einen harten Gegenstand und erlitt einen Schädelbruch, der ihren sofortigen Tod zur Folge hatte.

Briefkasten.

D. S. Von solchen Dingen verstehen wir nicht. Wir können Ihnen also nicht angeben, wie grüne Wallnüsse zum Färben der Haare aufgesetzt werden.
D. F. Das Weisheitswort kann auf den Lohn des Dienstmädchens angewendet werden; ebenso ist es leider nach dem Gesetz erlaubt, daß die Herrschaft wegen gedrohten Geschirrs usw. vom Pächter Abzüge machen kann.
S. Gabelstrafe. Nach dem Gesetz müssen Sie die bestellte Brosche annehmen und bezahlen; die Abbestellung gilt nicht. Ver-suchen Sie nochmals, sich mit der Frau zu einigen.
M. Gottesberg. Die Riffer 3 des § 56 der Gewerbeord-nung sagt, daß Gold- und Silberwaren, Bräutigold und Braut-schleier sowie Tischdecken vom Ankauf oder Heilbieten im Umherziehen ausgeschlossen sind.
F. Wiegand. Schulmäßig und noch nicht schulpflichtige Kinder dürfen in Fabriken nicht beschäftigt werden.
Waldhagen, Benthien. 5,50 Mk. werden diese Woche abge-Expedit.

Verantwortlicher Redakteur: Robert W. West. - Redaktion und Expedition: Neue Postenstraße 7. - Verlag von Oskar Schöck. - Druck von Th. Schöck. - G. u. S. - in Köln in Druck. - Dienstag 6. Juli 1909.

Beilen Sie sich — Heute Dienstag, abends 8 Uhr, ist

Schluss meines diesjährigen grossen Räumungs-Verkaufs

Überzeugen Sie sich von der enormen Billigkeit.

M. Schneider, BRESLAU

Neue Schweidnitzerstrasse 1.

Am 4. Juli verstarb nach längerer Krankheit die Frau unseres Mitgliebes **Carl Gabriel**, Frau **Anna Gabriel**
im Alter von 41 Jahren. 3402
Ihr Andenken wird in Ehren halten:
Der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands (Zahlstelle Breslau).
Beerdigung: Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause in Maria-Hilfen nach dem dortigen Gemeinde-Friedhofe.

Schauspielhaus

Freitag, 8 Uhr:
Gastspiel
Maria Mayer.
„Die rote Robe“.
Sonnabend und Sonntag, 8 Uhr:
Letzte Gastspiele
Maria Mayer
„Monna Vanna“.
Dienstag, 8 Uhr:
„Die Siebzehnjährigen“.

Sommer-Theater

(Lieblichs Etablissement).
Dienstag, den 5. Juli
Zum vorletzten Male:
Taifun.
Anfang 8 Uhr:
Im Garten: **Grossea Konzert.**

Viktoria-Theater

Täglich:
„Breslau!
was sagst Du nu!“
Revue in 6 Akten mit
Henry Bender.
Anfang 8 Uhr.
Preise wie gewöhnlich.

„Scala“

Sommertheater
Nikolai-Strasse 27.
Täglich abends 8 Uhr:
3391

Ausgewiesen

Soziales Drama in 4 Akten
von **Karl Böttcher.**

Zeltgarten

Dir.: **H. Krausik.**
Künstler-Vorstellung
im
Garten.
Entree
10 Pfg.

Palmengarten.

Dir.: **H. Krausik.**
Jungen dazu gebachten
Garten
Frei-Konzert.

Eduard Bernstein:

Die
Natur u. die Wirkungen
der kapitalistischen
Wirtschaftsordnung.
Preis 20 Pfg.
Buchhandlung Volkswacht

Jeden Mittwoch und Freitag:

Spezialtag
ff. Leber- und Brechtwurf
nach Thüringer Art.
Mittwoch
1/4 Pfg. 20 Pfg.
Bei ein Pfund-Gutnahme
75 Pfg.
Hildebrand,
Rosenthalerstrasse 4
und beide Markthallen.

Brot, Semmel u. Kuchen

waren
in nur bester Qualität empfl. Backmacher.
Bäckermeister, Demoldstrasse 22. 3323

Vorsicht

heim Kohlen-Einkauf.
Kaufen Sie Ihre Kohle nur bei organisierten Händlern. Verlangen Sie überall die Mitgliederkarte. 2459

Verein Bresl. Kohlenhändler.

Kaufe alte Schränke!
Vertikof, Bettstellen, Soja, Kommod.,
Waschtisch, p. Stub.-Einrichtung, gegen sol.
Zahlung. Wabler, Gartenstr. 30.

Verkauf gebr. Möbel!

Schranke, Vertikof, Bettstellen, Waschtisch,
Stühle, Stühle, u. Wohnungs-Einrichtung. Hilbig, Friedrichstr. 66. 300

2 gebrauchte Singer-Maschinen

für 15 und 24 Pfg., sehr gut laufend, bei
Rosenfeld, Neumarkt 1. 2756

Pfänder-Auktion!

Tonnerstag, den 7. Juli cr. 2891
Pfändler-Institut **Matthiasstr. 113, I. Et.**

Excellent!

wächst ohne Zusatz von Galle, Soda,
Sulber. In einjährig. Geschäft. Nr. 10 Pfg.
Versandhaus Germania
Breslau 5. 3382

Rohrtabake

in großer Auswahl empfehl. billigst
Carl Rother & Rode
Breslau I, Dammstr. 28.

Bettfedern und fertige Betten.

Spez.: **Brandau-Raffung.**
Preisliste gratis und franko.
Julius Immerlich
Bresl. Neufähr. 32/33.

Der Weg zur Macht

Politische Betrachtungen
über das Einleitwachen
:: in die Revolution ::
von
Karl Lautsky.
Preis 50 Pfg.
Buchhandlung Volkswacht.

Achtung! Brieg Achtung!

Einem geehrten Publikum von Brieg u. Umgegend
hierdurch die ergebene Mitteilung, daß ich mit dem
heutigen Tage

Zollstrasse Nr. 24
eine

Bau- u. Küchen-Klempnerei

eröffne. Empfehle mich besonders zur Anfertigung von
Wasserleitungs- u. Klosett-Anlagen, sowie elektr. Klingel-
Einrichtungen. Fachachtungsvoll

Max König, Klempner.

Durchnäher und Doppler.

Wir suchen für sofort einen tüchtigen
Paul lassen sich einen tüchtigen Mac Kap-Durchnäher zum Goodgent-
Doppler ausbilden. 3403
Einem Schnittfräser und einem Schnittpollerer stellen wir ebenfalls
für sofort ein.

Paul Schlesinger G. m. b. H., Frankfurt a. O.

Maschinenstrickerinnen

finden gute und dauernde Beschäftigung bei
H. Freudenthal, Strumpffabrik, Carlstraße 28. 3398

Am 1. Juli beginnt ein neues Abonnement
der Zeitschrift

In Freien Stunden

Illustrierte Romanbibliothek
:: für das arbeitende Volk ::

In Wochenheften, je 24 Seiten, für 10 Pfg.

Als Gratisbeilage erhalten die Leser mit dem 52. Heft das

zweifarbige Kunstblatt:

Fluglandschaft mit Windmühle

von **Jacob Ruisdael.**

Jeder Leser unseres Blattes lasse sich von dem
Zeitungsträger ein Probeheft vorlegen.

Die Kunstgaben in Heftform

herausgegeben von der freien Lehrervereinigung für Kunstpflege, Berlin, bringen,
je in einem Carton, künstlerischen Umwulag vereinigt, die schönsten und bes-
testen Bilder eines Meisters veranschaulicht in vollkommener Doppels-
tenwiedergabe auf feinem Kunstdruckpapier.

Jedes Heft, 14 bis 16 Kunstblätter enthaltend
(Format 21: 29 cm), kostet nur 1 Mark.

Gans Thoma, ein Buch seiner Kunst, 16 Blätter des Meisters
mit einer Einleitung, Gemälde, Lithographien, Zeichnungen
mit vorzugsweise figürlichen Darstellungen. 1 Mark.

Gans Thoma, Landhsichten, 15 Blätter mit einer Einleitung.
Eine Auswahl der schönsten und besten Landhsichten. 1 Mark.
Von anderen Meistern werden veranschaulicht:

Wilhelm Steinhausen, Sittliches u. Menschliches, 14 Blätter
mit einem Geleitwort von **Gerhard Krügel**

Wilk. Steinhausen sollte neben **Roma**, **Kethel** und **Ubbe** zu
jeden deutschen Dasein „hohem“ sein. Er ist der Künstler,
der im Innern ergründet und träufelt und in die Region
geistiger und jenseitiger Schönheit heden kann.

Fritz von Ubbe, eine Kunstgabe für das deutsche Volk, mit
einem Geleitwort von **Alexander Troll**. 14 Blätter nach
seinen schönsten und wertvollsten Werken, wie „Lasset die
Kinder zu mir kommen“, „Rosa“, „Der Jesu, sei unser
Gott“, „Die Jünger in Emmaus“ u. a.

Wilhelm Leibl, aus seinem Lebenswerk. 14 Blätter mit
einem Geleitwort von **Otto Gebhardt**.

Eine Sammlung von Besten der Leiblichen Kunst wird hier
gegeben. Köstlich belauftere Bauern- und Charaktertypen,
Jagdthiele u. m.

Alfred Kethel, 18 Blätter mit einer Einleitung von **Dalcher**
Friedrich. Verzeichnis der Bilder: 1.—8. Pantheonszug;
7. Frauenloks Begräbnis; 8. Genesung; 9. Der Tod als
Bürger; 10.—15. Auf ein Zerkentag; 16. Der Tod als Freund.
Kethel gehört zu unseren Größten. In seiner echt deutschen
Kunst sind Form und Inhalt zu wunderbarer Einheit ver-
schmolzen.

Giobanni Segantini, 18 Blätter nach Radierungen, mit
einer Einleitung von **Wilhelm Kogbe**.

Das kurze, aber reiche inhaltliche Schaffen des Meisters wird
hier in seinen charakteristischen Werken gezeigt.

Jean Francois Millet, 14 Blätter nach Werken des
Meisters, mit einer Einleitung von **Gerhard Krügel**.

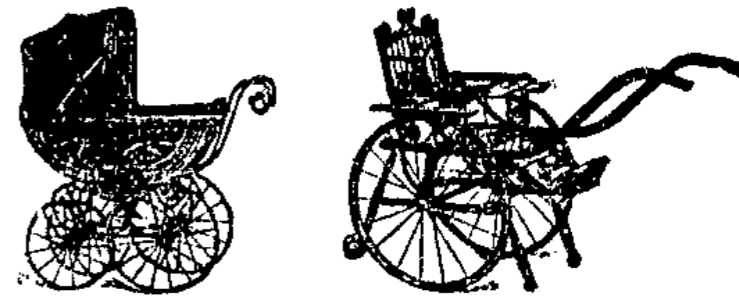
Dieses Heft gibt ein treffliches Bild von dem Lebenswerk des
großen französischen Meisters. Für Freunde der Dorfheimat
wird es eine besondere Freude sein.

Seebald Graf von Salfrenth, 14 Kunstblätter und
5 Textblätter mit einem Geleitwort von **Alex. Troll**.

Die reifen Bilder des Künstlers: Porträts, Kinderbildnisse,
Landhsichten und großartige Jagdszenen sind in dieser Kunst-
gabe vereinigt.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung der „Volkswacht“.



Von Dienstag, den 5. Juli 1910 ab
Großer

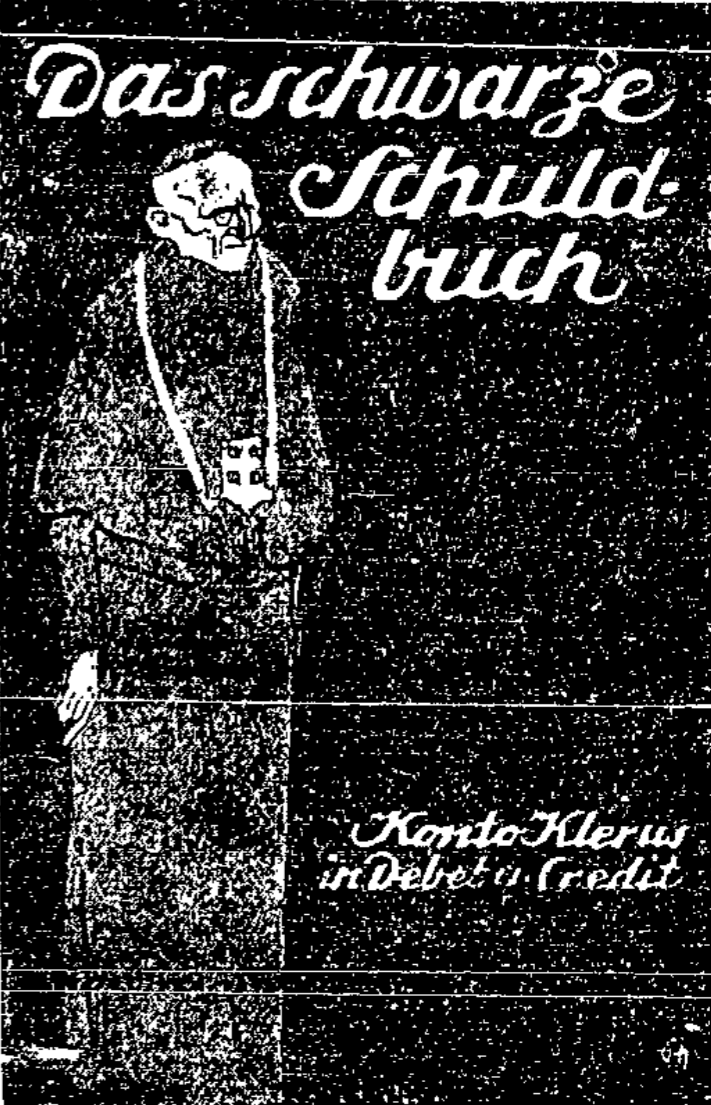
Konkurs-Ausverkauf

des Nerlich'schen Konkurses, hier,
Gneisenaustrasse Nr. 18.

Großes Lager aller Arten Kinderwagen, Sportwagen,
Klappwagen, Lieferwagen, Kastenwagen, Leiterwagen,
Puppenwagen, Puppenportwagen, Kinderfüße,
eiserne Bettstellen für Kinder und Erwachsene, Zubehör-
teile zu Kinderwagen, Heißförde, Waschförde u. a. m. zu
äußerst billigen, aber festen Preisen.

Total-Ausverkauf.

Soeben erschienen:



Preis Mk. 1.—.
Buchhandlung „Volkswacht“.

Einem der berühmtesten Romane der
Weltliteratur!

Madame Bovary

Ein Sittenroman von **Gustav Flaubert.**

Aus dem Französischen überleht von **Joseph Eitlinger.**

Vollständige Volksausgabe, 500 Seiten Text.

Preis fest 207. 4.— per Ml. 1.—, Auswärts Porto 30 Pfg.

H. Benkel schreibt in der Frankfurter Volksstimme: „Als
der Roman 1857 zum erstenmal in einer Pariser Zeitschrift erschien,
stürzte sich der Staatsanwalt auf den Verfasser und schleppte ihn
vor die Schranken des Gerichts — der Roman sollte nach der
Meinung der Anklage unzüchtig sein. Verhandlung und Freispruch
machten Flaubert mit einem Schlag zum berühmtesten Mann. Aber
es war kein Eintagsrauh, sondern ein Ruhm, der für die Zeiten
festgehalten auf Jahrhunderten ruht und der Flaubert mit den Größ-
testen des französischen Romanes, mit einem Stendhal, einem
Balzac, einem Zola, in die vorbeste Reihe rückt.“

Die Bedeutung der Madame Bovary liegt literar-
historisch darin, daß hier zum erstenmal Realismus und Klein-
malerei ein Meisterwerk schufen, gesellschaftspsychologisch
aber ist Madame Bovary der Roman des menschlichen Gese-
bruches. Mit einer fast wissenschaftlichen Objektivität vollzieht sich
die Entwidlung, die die Frau des Landarztes Bovary unter dem
Zwang ihres Willens straucheln und fallen, zur Verbrecherin werden
und sterben läßt.“

Zu beziehen durch die
Buchhandlung „Volkswacht“.

1. Beilage zu Nr. 155 der „Volkswacht“

Mittwoch, den 6. Juli 1910.

Die Reichsversicherungsordnung.

Die Reichstagskommission verhandelte am Montag über das Kapitel „Verträge“. Die Vorlage beabsichtigt, für die Verträge mit den Ärzten „Vertrags-Ausschlüsse“ zu schaffen, die für den Bezirk eines Oberverwaltungsamtes gewisse Grundzüge für die Verträge ausstellen. Kommen auf der Grundlage dieser Entscheidung keine Verträge zustande, so soll der Vertrags-Ausschuss ein Einigungsamt bilden. Einigen sah hier die Parteien nicht, so ist es der höheren Verwaltungsbehörde möglich, auf Antrag den Krankenkassen die Bewilligung zu geben, an Stelle der ärztlichen Behandlung das Krankengeld um zwei Drittel zu erhöhen. Dr. Mugdan vertritt in der Generaldebatte den Standpunkt der freien Arztwahl. Er rügt besonders, daß zu dieser Beratung kein Vertreter der preussischen Verwaltungsbehörde hinzugezogen wurde. Es sei das wieder eine seiner Ungehörigkeiten, die in letzter Zeit gegen den Vertriebsstand verübt worden seien. Die Bestimmung der Vorlage ist geeignet, den Vertriebsstand schwer zu schädigen. Die Regierung überläßt, daß die gesamte Vertriebschaft, mit wenigen Ausnahmen, für die Einführung der freien Arztwahl eintritt. Der Vertreter der Polen beantragt hierauf eine Aenderung in dem grundlegenden Paragraphen, demzufolge die Einführung der freien Arztwahl für alle Krankenkassen vorgesehen ist. Staatssekretär Debrück spricht sich für die freie Arztwahl sehr zustimmend aus, hält aber die allgemeine Einführung für unmöglich. Die Verträge haben in auch vielfach in Bezug auf die Krankenversicherung keine Verträge zu sein, sondern nur eine Art von Versicherung. So stehen die Krankenversicherung nicht selten den schwächeren Teil gebildet. Auch man (natl.) würde für die freie Arztwahl sein, wenn nicht der Leipziger Verband der Ärzte diese Forderung in einer Weise geltend mache, die zu schweren Bedenken Anlaß gibt. Man habe von jener Seite die Absicht gehabt, die Krankenkassen unter die Ämter des Leipziger Verbandes zu bringen. Genosse Koch gibt der Meinung Ausdruck, daß für den Vertragsabschluss keine andere Regelung möglich ist, als die die Vorlage vorsieht. Unsere Anträge wollen deshalb auch nur einige Aenderungen, insbesondere die Sicherheit gesonderter Vertragsabschlüsse. Die Stellung, die der Leipziger Verband der Ärzte einnimmt, ist kein Grund für unsere Stellungnahme. Wir können uns dem Urteil des Herrn Kaufmann nicht anschließen. Aber die unbeschränkte freie Arztwahl ist für die Kranken durchführbar. Darüber gibt es ein unzweifelhaft sicheres Material. Es muß der Klasse überlassen bleiben, das Recht zu wählen, und wenn die Klassen die freie Arztwahl für zweckmäßig halten, wird sich dieses Recht von selbst durchsetzen. Vom Zentrum ist ein Antrag eingegangen, der den Abschluß eines Vertrages mit einer Anzahl von Ärzten in der Weise mit Zustimmung der Oberverwaltungsämter zulassen will. Das gleiche will ein Antrag Mugdan. Genosse Schmidt wendet sich gegen diese Anträge, die den Klassen den Vertragsabschluss zum Teil aus den Händen nehmen. Das beste Rechtssystem ist sicher die freie Arztwahl, nur hat die unbeschränkte Arztwahl in den größeren Städten ihre Schwächen. Man sollte aber den Klassenmitgliedern eine größere Anzahl Kassendirektoren zur Verfügung stellen, wie es bei der beschränkten freien Arztwahl geschieht, die in Berlin vielfach Eingang gefunden hat. Einfacher liegen die Dinge in kleineren Städten, wo alle Verträge zur Kassenzugehörigkeit gemacht werden sollten. Graf Westarp (Kons.) wendet sich mit scharfen Angriffen gegen den Leipziger Ärzteverband. Das Künftige dieser Organisation liegt die Erwägung nahe, ob nicht die Klassen besonders geschützt werden müßten gegen die Übergriffe der Ärzte. Von dem Regierungsdirektor für Württemberg wurde dargelegt, welche Erfahrungen dort mit der freien Arztwahl gemacht wurden. Die freie Arztwahl hat sich dort gut bewährt, aber ein Zwang zur Einführung durch das Gesetz ist nicht zu empfehlen. — Die Debatte gelangte nicht zum Abschluß, sie wird am Dienstag fortgesetzt.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 5. Juli.

Geschichtskalender.

6. Juli.

1416 Johann Fuß in Konstanz verbrannt.
1901 Reichsanzeiger Hohenlohe in Nagaz.
1909 Der Bundekrat unterwirft sich dem Schnapsbrot.

Der neue Oberpräsident.

Ohne daß auch nur ein einziger Schlesier um seine Meinung gefragt worden wäre, hat Wilhelm II. einen ihm geeignet erscheinenden Mann als Nachfolger des reichsverbandlerischen Dallwig zum Oberpräsidenten gemacht. Und da Wilhelm II. ihn für fähig hält, das Amt auszuüben — ein anderer hat dabei nichts dreinzureden — so genügt das den braven Untertanen, die neue Figur auf dem Schachbrett schmunzeln zu begrüßen, hundert Tugenden an ihm zu entdecken, Loblieder auf seine natürlich nur rühmreiche Vergangenheit zu singen und die Güte des Allmächtigen zu preisen, der sich herabläßt, uns Schlesiern einen neuen Herrn zu besorgen.

Das ist nun mal so bei uns, seit das Bürgertum nach 1848 politisch abgedankt hat und froh ist, wenn ein „Herr“ es schickt, damit es seinen Geschäften nachgehen kann. Es hat gegen den Absolutismus nichts einzuwenden, sofern ihm nur Zeit bleibt, Profit zu machen. Alles andere ist Sekuba. Also ist, wenn ein neuer Herr über die Provinz gesetzt wird, ebenlogut als wenn ein junger Kronprinz, König oder Kaiser wird.

Es ist bestimmt in Gottes Rat, daß man bei dem, was man mal hat, muß bleiben.

Konstitutionelle Anwandlungen kann man den Sozialdemokraten überlassen oder sich höchstens vor den Wahlen leisten. Aller Segen kommt von oben, also auch ein neuer Provinzialchef. Und immer noch gilt, was Gouverneur v. d. Schulenburg 1806 gelassen ausgesprochen, als Napoleon vor den Toren Berlins stand und die Berliner sich zur Wehr setzen wollten: „Nun ist die erste Bürgerpflicht!“ Nur keine Aufregung. Die hohe Obrigkeit wird schon alles weise bedacht haben.

Und so nimmt denn die Presse aller bürgerlichen Parteien die Ernennung eines neuen Oberpräsidenten hin, wie man den Regen und Wind gebuldig hinnimmt, als Resultate der Macht eines andern. Sie blättert nur im Register. Was war er, wie heißt er, was ist er? Und findet alles gut und schön, und ist beglückt, wenn der neue Herr schon früher mal in Schlesien zu tun gehabt hat, denn dann kennt er „ostmärkisches Wesen, ostmärkische Bedürfnisse und hat Liebe zur ostmärkischen Heimat“, auch wenn er wie in diesem Falle ein Vollblutnichtschesler, nämlich Berliner, ist.

Ach so, wie der neue Herr heißt? Es tut zwar wenig zur Sache, aber na, es ist Chronistenpflicht, deshalb sei es verraten, daß hinter dem „von“, das natürlich von allem die Hauptsache ist, der Name Guenther steht. Mit u—e—, nicht Günther, das würde zu plebejisch klingen. Und mit Vornamen heißt er auch nicht Reinhold oder so,

nein, auch im Vornamen wird schon angedeutet, daß er einer Gesellschaftsklasse angehört, die alles Proletarische gründlich zu verachten wenigstens gelernt hat. Herr von Guenther (ohne „ü“) heißt nämlich Hans Landrat von Guenther. (Sein Vater hieß gar William Baron von Guenther.) Er ist 46 Jahre alt, war mal ein paar Jahre Landrat von Löwenberg (von 1896—1901, daher das „ostmärkische“) und stieg dann dank kaiserlicher Guld die Stufenleiter so weiter, bis er jetzt als verhältnismäßiger junger Mann im Hofselbst-Palais in der Albrechtstraße endet. Einstweilen wenigstens. Sein Vorgänger war nur ein paar Monate da. Herr v. Guenther tut gut daran, wenn er sein Meublement gleich in Berlin läßt, denn niemand weiß, er selbst am allerwenigsten, wohin ihn die kaiserliche Guld morgen hinsetzt.

Unkultur im Lande der Jünger.

Herrn von Goltows kulturfeindliche Maßnahmen werden jetzt auch in der Nachpresse energisch zurückgewiesen. So schreibt die „Preussische Lehrerzeitung“:

Ueber Mißbrauch von Schulkindern als Kübenarbeiter kommen wieder einmal aus der Provinz Schlesien schwere Klagen. In S. (Schönborn, 15 Kilometer von Breslau, werden Kinder der zum Kübenverziehen gebraucht. Da mit vierzehn Tagen Urlaub wenig anzufangen ist, müssen es schon mindestens drei Wochen sein. Der Urlaub wird alle von dem hierzu allein zuständigen geistlichen Kreisinspektors besorgt, und von dem ebenfalls geistlichen Kreisinspektor erhält der Lehrer eines Tages folgendes Schreiben:

Der königliche Kreisinspektor hat genehmigt, daß folgende 14 Kinder (sollten die Namen) drei Wochen, mit Ausnahme von Mittwoch und Sonnabend, benutzt sind.

Und während nun der Lehrer drei Wochen lang mißmutig vor der Hälfte seiner Schüler steht, fronen die 14 von Morgens fünf bis Abends sieben im Sonnenbrand auf dem Felde für bare 50 Pfennig! Die Eltern, die mehr oder weniger abhängig sind vom Gutsherrn, wagen nicht, ihre Kinder zurückzuhalten. Verwundert muß man sich fragen, wie so etwas überhaupt noch möglich ist. In Ministerialerlassen ist wiederholt gefordert worden, „die Befreiungen vom Unterricht zu beseitigen oder doch auf ein verschwindendes Maß herabzumindern“ und eine größere Regelmäßigkeit des Unterrichts zu erstreben. Wie soll der Lehrer sein Ziel erreichen, wenn drei Wochen lang die halbe Klasse fehlt! Und die Fehlenden sind nicht gerade die Besten. Die Sache liegt so, daß die wenigsten Geistlichen die Verfügungen der Regierungen kennen, und wenn sie sie kennen, handeln sie nicht immer darnach. Und gegen den Geistlichen im Bunde mit dem Gutsgewaltigen ist der Lehrer machtlos. Die Arbeit des Kübenziehens ist aber auch für die Kinder mit Gefährdungen ihrer körperlichen Gesundheit verbunden.

Aus Bries in Schlesien, Bezirk Breslau, wird demselben Blatte geschrieben:

Ein Brief Zeppelins.

Offener Brief an die Deutsche Luftschiff-Fahrts-Aktien-Gesellschaft.

An Bord des Luftschiffes „Mains“, 2. Juli 1910.

Zu dem Verlust, welchen Sie an dem Luftschiff „Deutschland“, wenige Tage nach dem als erstes Passagierluftschiff für Etanentum geworden war, erlitten haben, spreche ich Ihnen meine warmste Teilnahme aus.

Das Scheitern der „Deutschland“ hat mich zur ersten Nachprüfung der Fragen veranlaßt, ob ich berechtigt war, Ihnen das Luftschiff für Passagierfahrten zu überlassen, und ob ich fernerhin solche für den Verkehr bestimmte Fahrzeuge bauen darf.

Ich glaube, beide Fragen mit gutem Gewissen bejahen zu dürfen.

Die „Deutschland“ hatte sich bei der letzten Probefahrt in Friedrichshafen und bei dem Flug von Friedrichshafen nach Düsseldorf als ein durchaus gutes, leicht steuerbares Schiff erwiesen; die drei Motoren liefen andauernd tadellos und verließen ihm eine Geschwindigkeit von unachser 16 Mtr. Sek. Es war kein Grund denkbar, weshalb es bei vorchristlicher Auslieferung und normalen Witterungsverhältnissen, so lange seine Betriebsmittel reichlich, zu einer unfehlbaren Landung zur Erde niedergedrückt werden sollte.

Zu der Zeit sind die Witterungsverhältnisse am 23. Juni ganz ungewöhnliche gewesen. Nach dem mit bis jetzt gewordenen Schilderungen ist die „Deutschland“ in einen aufsteigenden Drehstern geraten, der sie mit unvorstellbarer Gewalt in eine Höhe von 1250 Metern hinauftrieb. Das Drehen wurde durch wiederholtes vollständiges Stuhndrehen der Nordnadel bedingt, während Barometer und Barograph die erreichte Höhe anzeigten. Nach dem in der Höhe erlittenen Schaden an den Gasverlust sank das Luftschiff, schwer mit nassem Schnee belastet, wieder herab. Die Erde war nicht zu sehen, bis man schließlich in geringer Tiefe unter sich Baumwipfel gewahr wurde. Als bald wurde wieder nach oben gesteuert. Als aber die Leistung um drei bis vier Meter verringert war, verlangte der vordere Motor, und nun war die Geschwindigkeit nicht mehr genügend, um das Luftschiff noch dynamisch nach oben drücken zu können. Es sank jedoch nur mit einer Geschwindigkeit von 1—1½ Mtr.-Sek., und bald ließ die zur Aufwärtsfahrt tiefer stehende hintere Gondel mit voller Fahrt an Baumkronen an. Nach kurzer Weile sah das ganze Luftschiff in den Bäumen fest. Erhebliche Beschädigungen erlitt es nur unmittelbar vor der hinteren Gondel, wo mehrere Träger brachen; ein gänzliches Durchbrechen und Abreißen hat nicht stattgefunden. Die weitere Verstärkung wurde nachträglich erst durch den Sturm verursacht.

Das Versagen des vorderen Motors in dem gefährlichsten Augenblick war anscheinend eine Folge von Benzinmangel, da der Motor ganz in Ordnung war. In dem Tank waren zwar noch ein paar Liter Benzin vorhanden, es ist aber möglich, daß dieser bei der starken Schräglage des Schiffes nicht mehr an die Wasserpumpe zum Motor heranreichte. Ein allgemeiner Mangel an Benzin bestand nicht; im Gegenteil war davon noch ein Vorrat zum Speichern aller drei Motoren für mehrere Stunden vorhanden. Vielleicht war auch in der schwierigen Lage, worin sich das Luftschiff seit langem befand, mit

dem Nachfüllen des Tanks des vorderen Motors etwas zu lange geögert worden.

Es unterliegt nun keinem Zweifel, daß das ständige Schwenkverhalten dem Luftschiff nur durch das Kinegeraten in den aufsteigenden, von starkem Schneefall begleiteten Drehstern benommen worden ist. Der Luftschiffverlust durch die erreichte Höhe, durch die Abflüchtung um etwa 15 Grad und durch die Belastung mit nassem Schnee berechnet sich auf rund 2000 Kilogramm.

Solche Stürme sind zum Glück nur mit bestimmten Wetterlagen verknüpft, ähnliche Erscheinungen, wie die von der Seeschiffahrt noch immer wieder Opfer fordernden Taktone. Wenn die Seeschiffahrt aber bereits gelernt hat, diesen auszuweichen oder sie durch geeignetes Vorbeifahren unschädlich zu machen, wofür das bedrohte Schiff nur über das nötige Wasser zu völliger Bewegunghfreiheit verfügt, so wird die Luftschiffahrt auch sehr bald jene Drehstürme nicht mehr zu fürchten brauchen.

Die Passagierluftschiffe können und sollen sie daher in Zukunft ganz vermeiden. Die Katastrophe im Teutoburger Wald muß in ihrer Art eine einzige bleiben. Daß die Erinnerung an sie nicht eine viel traurigere ist, bedankt man der Barmherzigkeit meiner Herren Luftschiffe, welche die Gefahr für das Leben der Reisenden durch das Verlagern großer, die Stöße bei dem Anfahren an feste Gegenstände bis zur völligen Unschädlichkeit abmildernder Bauteile, sowie durch die wegen der ausgebeulten Unterflächen bestehende Unmöglichkeit allzu raschen Fallens vermeidet. Auch der wackere Monteur, welcher, um die hintere Gondel zu entlasten, auf einen Baum abspringen wollte, diesen aber verfehlte und sich nun bei dem Absinken schwere Beschädigungen zuzog, wäre unverletzt geblieben, wenn er die Gondel nicht verlassen hätte.

Noch die Hauptfrage ist, daß der Vorgang vom 23. Juni das Vertrauen zur Sicherheit meiner Herren Luftschiffe in keiner Weise zu erschüttern ansetzt. Man wird aus demselben nur die Lehre ziehen, daß man sich in Zukunft, namentlich für Passagierfahrten mehr als bisher an die Befolgung folgender Grundregeln halten muß:

In erster Linie sorgfältige Beachtung der allgemeinen Wetterlage, aus welcher stets das wahrscheinlichste Auftreten von Drehstürmen zu erkennen ist. Will man von einem Bergungsorte ausgehend, zu welchem man unbedingt zurückkehren muß, Passagierfahrten unternehmen, so darf man bei irgend unsicherer Wetterlage sich immer nur in einer den herrschenden oder dem sicher vorauszu sehenden Winde entgegengesetzten Richtung entfernen, um die Gewißheit zu haben, an den Ausgangspunkt zurückgelangen zu können. Es genügt nicht, nur erst eine kurze Fahrt gegen den Wind zu machen, um sich von der Webergeltheit der Schiffgeschwindigkeit über diejenige des herrschenden Windes zu überzeugen. Die Windstärke kann zunehmen oder die Eigengeschwindigkeit durch das Versagen von Motoren abnehmen, wodurch die Rückkehr unmöglich wird. War man in dem Winde entgegengesetzter Richtung gefahren, so genügt die geringste Eigengeschwindigkeit, um, vor dem Winde treibend, zum Ausgangspunkt zurückkehren zu können.

Die Passagierfahrten werden um so sicherer und regelmäßiger auszuführen, von jenseitigen Landungsarten die Ausgangsstation in einer kleinen Tagesfahrt Entfernung umgeben ist. Es läßt sich dann bei jedem Winde auch in der

Windrichtung und auch dann absteigen, wenn eine Drehung des Windes vorauszusetzen wäre, weil man die Sicherheit hat, einen jenseitigen Landungsort erreichen oder im Notfall an seinem Ausgangspunkt zurückkehren zu können. Ein sehr einfacher Nebel und Alarndiekt an den in Frage kommenden Landungsorten während der Fügigkeit der zweifelhafte Wetterlage wird die Sicherheit noch in beträchtlicher Weise erhöhen.

Mit hochachtungsvoller Ergebenheit

Graf Zeppelin.

Aus aller Welt.

Zum Brande in der Kieler Stadtmision. Wegen Verdachts, die Arbeitsstätte der Stadtmision in Brand gelegt zu haben, wobei der Bruder Brodmann ums Leben gekommen ist, wurde bei der Stadtmision beschuldigte Arbeiter Willmann verhaftet. Dem Verdächtigen wird auch zur Last gelegt, den Brodmann beraubt zu haben, da dessen Vortemonaate leer vorgefunden wurde, obwohl er am Sonnabend 70 Mark eingenommen hatte. Es ist nach dem Befund auf der Brandstätte auch nicht ausgeschlossen, daß Willmann den Bruder Brodmann ermordet und beraubt und dann, um die Spuren seiner Tat zu verdecken, das Gebäude in Brand gesetzt hat.

Raubanfall einer Dienstmagd auf eine Greisin. Eine Dienstmagd, Thuns mit Namen, wurde in Magdeburg wegen eines Hebralles auf eine achtzigjährige Witwe, bei der sie in Diensten stand, verhaftet. Sie hatte sich von ihrer Herrschaft Sachen angeeignet, und in diesen Kleidern und mit einer Kinderpistole bewaffnet, die alte Dame überfallen. Die Greisin ließ sich jedoch nicht einschüchtern, sondern setzte sich zur Wehr. Sie wurde aber von der Mäuberin überwältigt. Die Magd entfloß dann mit fünfshundert Mark Beute. Das Geld wollte sie für ihre bevorstehende Hochzeit verwenden.

Vom Schneezug überfahren! In Mauerbach bei Wien wurde ein Wagen, auf welchem sich Wiener Ausflügler befanden, von dem Salzburger Schneezug überfahren. Die Insassen des Wagens lebten von einem Vereinsausflug zurück und waren in heiterer Stimmung. Als der Schnellzug um eine kurze Kurve bog und auf das Gefährt aufubr, war ein Ausbiegen nicht mehr möglich. Der Wagen wurde vollständig zermalmt, einer Frau der Kopf glatt vom Haupte getrennt, vier weitere Insassen tödlich, alle anderen mehr oder minder schwer verletzt.

Ertrunken. In Sagen unternahmen 4 junge Mädchen aus Kadel eine Kahnpartie in der Senne. In der Nähe von Kadel geriet der Kahn in eine sehr frächtige Strömung, der die Mädchen nicht gewachsen waren. Der Kahn wurde überwältigt und die vier Mädchen in das Wasser geschleudert. Mit Hilfe von herbeieilenden Landleuten konnten 3 Mädchen gerettet werden, das vierte, die sechsjährige Tochter eines Wastsehermeisters, ertrank. Die Leiche konnte bisher noch nicht gefunden werden.

Die „Schwarze Hand“ in Europa. Mitglieder der „Schwarzen Hand“ richteten kürzlich an einen Bankier in Palermo einen Drohbrief, in dem sie 100.000 Lire forderten, andernfalls sie das Haus des Bankiers in die Luft sprengen würden. Da der Bankier nicht antwortete, flog gestern eine Bombe gegen seine Villa, welche die Fenster und das Dach des Hauses arg zerlöbte. Die Wirkungen der Explosion machten sich bis auf eine Entfernung von 1 Kilometer bemerkbar. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Die Tage kommen von nahen Mätern Wagen nach der Stadt, um Schulkinder zum Abholen abzuholen. Am 9. Juni war auch eine Schaar Mädchen in Kägen auf dem Hofe beschäftigt. Bei der Nachschau auf dem Hofe wurde die zwölfjährige Tochter eines Mannes aus Briga gerade in dem Augenblick herab, als die Pferde angingen. Das Kind riss dem Kinde über den Kopf, so daß es sofort tot war. An demselben Tage waren auch die Dominikankinder der Herrschaft Kössen bei den Röhrenverarbeiten gewesen. Als die Kinder zur Heimfahrt auf dem Reitwagen gesessen waren, fiel beim Anfahren der Pferde ein Knabe herab und kam unter das Rad. Ihm wurde der rechte Arm zerquetscht.

Wenn nicht andere Erwägungen, so sollten, meint selbst ein bürgerliches Blatt dazu, doch solche Unglücksfälle den Behörden Veranlassung sein, die Verurteilung der Kinder zu derartigen Arbeiten energisch zu untersagen! Da aber durch solches Verbot einige Großagrarien getroffen werden könnten, so darf im Zeitalter des blaueschwarzen Blokes nicht erwartet werden, daß diesem kulturwidrigen Unfug gesteuert wird.

Aber damit nicht genug. In diesem Schönborn illustriert sich die Junferherrlichkeit auch auf andere Weise. Es wird uns darüber von einem Nichtbeteiligten aus dem Reiche des Junkers v. Gossow geschrieben:

Die Nummer 189 der „Volkswacht“ brachte den Bericht über eine Schülermordung in Schönborn, unter Abdruck des ärztlichen Attestes. Nachdem der Lehrer Kenntnis von der Ermordung der Anabe erhalten hatte, versuchte er nun, alle Webel in Bewegung zu setzen, um den Vorfall abzuschwächen. Am 21. Juni fragte er die Schüler, wer es gewesen habe, daß sich der Knabe nach der Mordung noch gebadet habe. Von Schmerzen gepeinigt, suchte der Kleine nämlich im Wasser etwas Linderung zu finden. Und am 24. Juni schleppte dieser Lehrer ein paar besorgene Anaben zum Junker von Gossow, seinem neuen Freunde. Am Sonntag, den 26. Juni, leisteten sich Junker und Lehrer eine besondere Probe ihrer Taktik im Kampfe. Herr Dr. Eich aus Katern, der Vertrauensarzt und Prägererentkammer des „gnädigen Herrn“, war in der Wohnung des Lehrers, um von hier aus zum Amtsvorsteher zu fahren. Nun sollte der Knabe vom Arzt untersucht werden. Velder trieb sich der kleine Bengel im Dorfe herum und mußte erst vom Wirtschaftsassistenten gesucht werden. Nun wurde er nach 16 Tagen, die seit der Mordung verstrichen waren, noch einmal untersucht. Das Resultat dürfte wohl die Herren nach so langer Zeit auch jetzt noch nicht befriedigt haben, denn über die schmerzhaften Schnittwunden und die aufgeschwemmten Wunden ließen sie auch heute noch nicht hinweggehen. — Daß sich der Lehrer mit seinem besten Freunde, dem Amtsvorsteher, verbündet würde, um die Sache abzuschwächen, war vorauszusetzen. Aus diesem Grunde ist für den Fall einer Protokollaufnahme von vornherein ein Klagenantrag abgelehnt worden; zumal die Frau bei dem Amtsvorsteher in Arbeit steht.

Wie wir von anderer Seite erfahren haben, ist der Junker böse, weil die Frau zu uns und nicht erst zum gnädigen Herrn kam. Den Leuten ließ Herr von Gossow sagen, wenn sie immer zu Sozialdemokraten laufen, sollen sie sich auch von diesen im Hofe ausbilden lassen.

Herr Inspektor Stande beschimpfte den Breslauer Arzt, weil er dem Herrn „solche Schweißerei“ gemacht hat. (Weil der Breslauer Arzt nicht vorher, wie im Falle Kaserwert, erst zum Junker fragen ging, sondern den Anaben persönlich als Arzt untersuchte und die Untersuchung bescheinigte.) Am 27. Juni, also nach drei Wochen, ist nun auch als Vertreter der Regierung Herr Schulrat Rustin in Schönborn. Bei der Vernehmung des kleinen Burschen ließ sich der Schulrat die sogenannte „Sente“ rausbringen. Offenlich hat er sich auch die perfekte Fackel zeigen lassen! Dem Junker von Gossow möchten wir aber mitteilen, daß wir seinen Leuten, so oft sie zu uns kommen, hilfreich zur Seite stehen. Mit Geldmitteln können wir allerdings nicht ausbilden, weil die Leute ja nicht für uns, sondern für den Junker und Sozialistenfresser von Gossow, wie ihn der „Vorwärts“ nannte, arbeiten. Aber Mitleid wollen wir uns gegen und den Leuten begreiflich machen, daß ihnen Herr von Gossow auch nichts schenken kann, weil er gar nicht produktiv tätig ist, sondern den Leuten nur in Pfennigen wiederzahlt von den Marktschäden, die sie ihm durch ihre Arbeit zueilt geben. Dem Amtsvorsteher von Gossow erklären wir folgendes: Würde ein Vater sein eigenes Kind nur halb so viel schlagen, wie es hier der Fall ist, würde er von der Staatsanwaltschaft nicht nur bestraft, sondern ihm auch das Recht auf Erziehung genommen werden.

Sowohl die Zustände. Da aber der Vorgesetzte dieses Lehrers und des Junkers der realistischen aller Landräte, der bürgerliche Herr Winklerhaus ist, ist leider keine Aussicht auf Besserung vorhanden. Bis zur nächsten Reichstagswahl.

Schon wieder berittene Polizisten auf dem Trottoir!

Aus seinem Versteckte wird dem „Gen.-Anz.“ über einen Vorgang Mitteilung gemacht, der wenig geeignet ist, das Vertrauen der Bürgerschaft zu der „präventiv und helfend wirkenden“ Polizei zu stärken. Es heißt in dieser Zeitschrift: „Am Sonnabend Mittag fuhr ein Wagen mit einer studentischen Verbindung in Wilsch von der Tauentzienstraße nach der Friedrichshöhe. Die reichlichen Blumenpenden, die die jungen Herren in frohlauniger Vorüberkommenden Mädchen zuwarfen, veranlaßten auch die Straßenjungen, den Wagen unermüdet zu begleiten, um ebenfalls ihren Anteil an den Blumen zu erhalten. Als das Gefährt die Ecke des Stadtplatzes an der Taschenstraße passierte, an der gerade die Straße aufgerissen ist (wie immer! — Red. d. V.) stante sich die Rinderbescher, und viele Passanten, die der Weg gerade vorüber führte, suchten die Schmale vom Fahrweg übrige Straße zu benutzen, um vorwärts zu kommen. Obwohl die Stellung nur 3 bis 4 Meter hinter dem Wagen eintrat, schien einer der den Wagen begleitenden, berittenen Schulkinder darin eine Verletzungsdrohung zu erblicken, denn er ritt mehrere Male in die Menge hinein, die, so gut es ging, aber die aufgeworfenen Stein- und Erdmassen zu entkommen suchte. Bei diesem Vorgehen wurde ein kleiner barfußlaufender Knabe vom Pferde getreten und so erheblich am Fuße verletzt, daß er sofort insam erbracht. Der Name des Schuhmanns ist festzustellen.“

Das Traurige daran ist, daß man dieses Niederreiten eines wehrlosen Kindes nicht einmal kritisieren darf, denn darn steht Herr v. Oppen gegen den Krücker Strafantrag. Auch der General-Anzeiger weiß das, denn er druckt die aufreizende Zeitschrift ohne ein Wort der Kritik ab. Offenlich stellen wenigstens die Eltern des getretenen Kindes ebenfalls Strafantrag gegen den berittenen Untergebenen des Herrn Thele. Er wird ja wegen seiner Tat nicht gleich bestraft werden — in Breslau ist noch kein Polizist deswegen verurteilt — aber es kommt wenigstens in seine Personalakten, und das ist ihm unangenehm. Und Herr v. Oppen wird gezwungen, zu erklären, ob er auch das gutzuheißen den Mut haben wird.

Auch dieser Fall zeigt wieder, daß es in Breslau zwischen Polizei und Bürgertum keinen Frieden, keine Einigung, keine Verständigung gibt. Es bleibt noch nur beim schärfsten Kampf.

wie wir ihn seit Jahren führen. Wer wehrlose Kinder überreitet, verdient keine Schonung, und es ist eine mehr als bedauerliche Tatsache, daß der „G.-A.“ den Namen des Verletzten verschweigt!

Katastrophen von Bauten.

Bei der Rekonstruktion der Technischen Hochschule in Berlin hielt der Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Müller aus Breslau, der dort Rektor geworden ist, einen Vortrag über eine wichtige Tagesfrage, die Baumruhmigung in weite Vollkreise zu tragen geeignet ist: Die immer anstehenden Katastrophen von Bauten. „Eine strenge Baupolizei muß da eingreifen. Es fehlt aber nicht an Fällen, wo mangelhafte Veberechnung theoretischer Schwierigkeiten die Katastrophe verschuldet. Gewiß, die Schmierigkeiten liegen fast besonders für die Triebfestigkeit im Baubau. Die Deberprüfung der Spannkraft muß immer mit den steigenden Baubestrebungen Hand in Hand gehen. Wer sich auf der Hochschule keine Erprobungen in dieser Richtung erwirbt, wird in der Praxis kaum mehr dazu kommen, sie zu ergänzen. Festigkeit bestimmendes selbständiges Schaffen auf einem Sondergebiete, so führte der Rektor aus, verbürgt besseren Erfolg als oberflächliche Kenntnisse auf verschiedenen Gebieten. Gewiß erschweren die weitgehenden Erfordernisse der Diplomprüfung die Durchdringung eines Einzelgebietes. Das Einwirken auf die Förderung, die Spezialgebiete von der Technischen Hochschule auszubilden, würde die Stellung der Hochschule erhöhen. Nur eine Neuordnung der Baupolizei allein könnte erheblichen Nutzen schaffen. Nicht akademisch ausgebildete Kräfte bilden die Ueberwältigung schwieriger Konstruktionen in der Hand haben, sondern statisch und konstruktiv geübte Ingenieure. Heute ist eine Entlastung des Architekten durch Ingenieure bei schwereren technischen Arbeiten die Regel. Aber es muß auch jeder Architekt einfache und gewöhnliche Aufgaben lösen können. Geheimrat Müller-Breslau schloß mit den Worten: Das Entwerfen von Konstruktionen ist Ingenieurarbeit, und diese kann nur von Ingenieuren nachgeprüft werden, die wissenschaftlich auf der Höhe stehen.“

Besteuerung der Konsumvereine in Preußen.

In der 14. Sitzung des Herrenhauses vom 14. Juni 1910 wurden der Regierung zwei Eingaben als Material überwiesen, von denen die eine ausgeht vom Zentralverbande der Kohlenhändler Deutschlands und Abstandnahme von jeder Begünstigung der Konsumvereine und Verbandschaften fordert, während die andere von dem Verbande westdeutscher Konsumvereine ausgeht und Abstandnahme von jeder Beschränkung der Bewegungsfreiheit durch Sonderbesteuerung fordert. Das „Berl. Tagebl.“ berichtete darüber:

Die Handelskommission des Herrenhauses hielt es für mindestens zweifelhaft, ob eine Besteuerung der Konsumvereine überhaupt gerechtfertigt sei, denn sie dienen nicht dem Erwerb, sondern der Ersparrung von Ausgaben bei bereits versteuertem Einkommen. Von einer weiteren Heranziehung zur Steuer kann jedenfalls nicht die Rede sein. Begründeter erschien der Handelskommission dagegen die Klage wegen der Beteiligung der Beamten an den Bestrebungen der Konsumvereine und Genossenschaften. Man war sich allerdings darüber klar, daß die Genossenschaften auf dem Lande einen heimatlichen Stolz erhalten würden, wenn man die Beteiligung der Geistlichen und Lehrer an der Leitung im allgemeinen verbieten würde, und die Kommission widersprach, eine allgemeine gesetzliche Bestimmung dazu zu treffen. Aber es wurde doch für richtig erachtet, daß die vorgesetzten Behörden ihren ganzen Einfluß dahin geltend zu machen, daß die Beamten, Geistlichen und Lehrer die ihnen übertragenen Stellungen in möglichst tatvoller und diskreter Weise ausüben, und daß alle Beamten, die zu berechtigten Klagen in dieser Hinsicht Anlaß geben, veranlaßt werden, ihre Stellung aufzugeben. Was die angeblische Herabgabe von staatlichen Geldern zu Vorzugszinsen betrifft, so wird damit gemeint sein die Herabgabe von Geldern der preussischen Zentralgenossenschaftskasse. Man war sich in der Kommission wohl bewußt, daß die Provinzialkassen das von der Zentralgenossenschaftskasse erwerbene Geld mit einem solchen Gewinn an die Verbandsgenossenschaften weitergeben, daß diese tatsächlich meist den offenen Marktzins für Geld bezahlen müssen. Es wurde ferner als feststehend angesehen, daß die ganze genossenschaftliche Disziplin verloren gehen würde, wenn es durch Erhöhung des Zinsfußes den Genossenschaften verlohren sein würde, sich an anderen Stellen Geld zu besorgen. Trotz alledem glaubt man in der Handelskommission, daß hier und da die Zentralgenossenschaftskasse den Zinsfuß etwas erhöhen könnte. Die Handelskommission erucht die Regierung, alle diese Fragen fortgesetzt mit fürsorglichem Interesse im Auge zu behalten.

In dem Bericht der Handelskommission des preussischen Herrenhauses ist zunächst wesentlich die Betonung des Charakters der Konsumvereine als nicht auf Gewinnerzielung gerichtete Unternehmungen. Zu dieser Erkenntnis, zu der alle vorurteilsfrei das Konsumvereinswesen beurteilenden Männer gelangen, werden selbstverständlich die Kräfte und die aus politischen Absichten in Mittelslandsbreitung machenden Personen nie gelangen und deshalb nach wie vor ihr Geschrei über die steuerliche „Bevorzugung“ der Konsumvereine und landwirtschaftlichen Genossenschaften weiter erheben. Deshalb ist die bündige Erklärung der Handelskommission, daß von einer weiteren Heranziehung der Konsumvereine zur Steuer nicht die Rede sein kann, am Platze, und es ist nur zu wünschen, daß auch die Mehrheit des Herrenhauses in Zukunft allen Zwangsmaßnahmen gegen die Konsumvereine ein Nein entgegensetzt. Freilich steht die Auffassung der Handelskommission mit den Praktiken der preussischen Eisenbahnverwaltung im Widerspruch, durch die den Beamten der Beitritt zu Konsumvereinen unmöglich gemacht wird. Die Gerechtigkeit erforderte übrigens schon die Beseitigung der bestehenden ungerechten Gesetzesbestimmungen zur Unterdrückung der Konsumvereine, hauptsächlich die Beseitigung ihrer Unterstellung unter das Warenhaussteuergesetz. Es ist geradezu unsinnig, eine Vereinigung von zumeist armen Konsumern, die durch ihre Genossenschaft an ihren Ausgaben Erparungen zu machen bezwecken, mit großkapitalistischen, auf Gewinnerzielung gerichteten Warenhäusern auf eine Stufe zu stellen.

Arbeiter auf der Brüsseler Weltausstellung.

Die belgische Regierung hat die Fabrikinspektion ermächtigt, eine Anzahl tüchtiger und fähiger Arbeiter zum Besuche der Brüsseler Weltausstellung zu veranlassen. Entsprechende Mittel werden ihnen durch das belgische Ministerium des Innern zur Verfügung gestellt. Die Reise soll unter der Leitung der Fabrikinspektion vor sich gehen; diese hat alle nötigen Vorarbeiten zu treffen.

So unmöglich und schwierig als die Breslauer Stadtverwaltung sich die Beschäftigung der Ausstellung durch Arbeiter vorgestellt hat, scheint sie also doch nicht zu sein. Jedenfalls hat die belgische es möglich gemacht, die Schwierigkeiten zu überwinden und auch für sachgemäße Führung zu sorgen. Daran war die Beschäftigung in Breslau bekanntlich gescheitert.

Vereln Arbeiterpresse. Die Mitgleiter des Vereins Arbeiterpresse werden erucht, die Beiträge umgehend an den Kassierer, Genossen Hermann, im Partei-Sekretariat, abzuliefern.

Rechtschutzstelle für Frauen, Basileusgasse 11. Sprechstunden täglich, außer Sonnabend, von 4^{1/2}—7 Uhr Nachmittags. Die Rechtschutzstelle wurde im letzten Jahre ihres Bestehens von weit mehr Ratsuchenden in Anspruch genommen, als in den Vorjahren. Im Jahre 1909 erzielte 1264, im Jahre 1908 1907 und im Jahre 1907 2291, im Jahre 1908 2196, im Jahre 1909 3228 Besuchen im Rat und Auskunft. Auch die Zahl der neu zu behandelnden Fälle stieg von 1778 im Vorjahre auf 2059 in diesem Jahre. Diese stetig wachsende Frequenz ließ es angezeigt erscheinen, eine weitere Vermehrung der Sprechstunden einzutreten zu lassen und zwar werden diese nunmehr täglich außer Sonntag abgehalten. Diese Maßnahme hat sich vortrefflich bewährt. Die Arbeit der Rechtschutzstelle ist aber nicht mit der Raterteilung und mit der Stellung eines juristischen Beistandes erschöpft, es werden die Ratsuchenden, wenn große Not zutage tritt, an die Armenverwaltung der Stadt und an die verschiedenen Wohltätigkeitsvereine gewiesen. An rein, die eine Schuld nicht eintreiben können oder den Beitrag für die Krankenkasse nicht aufzubringen vermögen, hilft die Rechtschutzstelle mit einem Darlehn aus der augenblicklichen Kasse. Wiederholt wurden arme Leute vom Lande vor dem Schiedsgericht vertreten, auch beim Gewerbegericht oder dem Kaufmannsgericht stellt die Rechtschutzstelle Vertretung oder Beistand. Häufig gehen die Damen der Rechtschutzstelle Erlaubnisse bei den Krankenfürsorgeverwaltungen oder anderen amtlichen Stellen ein und suchen für ängstliche Frauen den Vermittler zu spielen. Auch durch Stellenvermittlung sucht die Rechtschutzstelle zu wirken. Die Stellenfuchenden werden, soweit die Rechtschutzstelle nicht selber Stellen nachweisen kann, an die Stellenvermittlung der Stadt, des Hausfrauenvereins und andere private Stellenvermittlungsinstitutionen gewandt. In der Zeit der Schulentlassung wird die Rechtschutzstelle auch viel in Verurteilungen in Anspruch genommen. Vorstände, häufig auch Männer, werden in neuerer Zeit öfter voran und die neu angestellten Waisenpflegerinnen finden, falls sie sich einmal keinen Rat wissen, sehr bereitwillig Unterstützung. Mädchen sich mit der Zeit auch hier Wohlhabende finden, die die Rechtschutzstelle durch Geld unterstützen, damit noch mehr armen Frauen geholfen werden kann.

Wie man draußen über „unsere Festwoche“ herzt, geht aus einem Feuilleton Heinrich Alexanders hervor, das wir im „Berl. Tagebl.“ finden und worin es u. a. heißt:

So ist das Straßenbild, das Breslau bietet, nicht sehr reich an Abwechslung und auch nicht übermäßig elegant. Zwar ist eine Besserung in den letzten Jahren unverkennbar, aber was aus Westdeutschland oder aus dem Auslande nach Breslau kommt, wird weitaus nicht als Charakteristikum der Stadt bezeichnet. ... Zeichen oder ähnlichen Betrachtungen mag der Gedanke der „Festwoche“ seine Entstehung verdanken. Man wollte Breslau etwas ins Licht rufen und seine Anziehungskraft vergrößern. Man nahm einen großen freien Platz vor den Toren der Stadt, die alte Rennbahn, stellte ihn mit Bäumen und Büden, Karussells und Musikbahnen, vermannscherten Schloßern und Abnormitäten, stellte Aeroplane und Hunde aus, sorgte auch für ein Tanzgen und Kapelletheater, machte eine Woche lang einen ohrenbetäubenden Lärm und lud die Fremden ein, sich das anzusehen. Und die Fremden kamen aus Wänsig und aus Plesierland, fuhrten hinaus nach dem Festplatz, betrachteten Naia, die deutsche Klein, Siegerin auf allen Schönheitsskonkurrenzen, Salome, das blaue Weib, die sammengemachene Schwestern Blauel mit Kind, beraten das vermannscherte Schloß und belachten die Scherze des „Kaisers“. Sie füllten die Straßen der Stadt acht Tage lang mit unmaßgeblichen Putz- und Stiefelformationen, brachten die Straßenbahnkonduktoren und Automobilführer zur Verzweiflung, wippen in billigen Restaurants und faulten als Anstößige für die zu Hause Zurückgebliebenen den Hebelhalter mit der Aufschrift „Gruß aus Breslau“, mit dem man nicht schreiben, durch dessen Guckloch man aber vier kleine Woblographien des Natanzes, des Kaiser-Wilhelmdenkmals, des Museums und des Kommandanturgebäudes sehen kann. Und ich glaube, die Breslauer haben diesen Kummel nicht ungen. Zwar hört man wehlich auf die Festwoche und auf die überfüllten Straßenbahnen lächeln. Aber im Stillen freut man sich doch, auch einmal ein Gespätschthema, das die ganze Bürgerschaft bewegt, zu haben. Der Hunger der Provinz nach dem Erlebnis fordert sein Recht, und auch der Stolz des Großstädters regt sich, wenn er den Provinzialen in übertriebener Angst vorm Auto flüchten und dabei in die Straßenbahn rennen sieht. Die „Breslauer Festwoche“ ist eine noch junge Konstitution, aber bald wird der Breslauer nicht mehr ohne sie leben können.

Der seine Spott ist leider nur zu berechtigt.

Frauenstudium an der Universität. Im laufenden Sommersemester studieren an der hiesigen Universität 102 Frauen, darunter eine Russin, während alle übrigen deutscher Nationalität sind. Von ihnen sind 20 unter 20 Jahre, 73 20 bis 30 Jahre und 9 über 30 Jahre alt. Von den 102 Damen studieren 22 Medizin, 7 Zahnheilkunde, 10 Philosophie, 40 neuere Philologie bezw. Literatur, 4 Geschichte, 2 Geographie, 11 Mathematik, 5 Naturwissenschaften, 1 Staatswissenschaften. Alle studierenden Damen sind ledig.

Außer diesen 102 als Studentinnen eingetragenen Damen studieren noch 89 Damen, die vom Rektor die Erlaubnis zum Hören von Vorlesungen erhalten haben. Von ihnen sind 88 Deutsche, 1 ist aus England; 5 sind unter 20 Jahren, 39 zwischen 20 und 30 und 45 über 30 Jahre. 78 sind ledig, 8 verheiratet und 3 verwitwet. Die Damen hören Vorlesungen in folgenden Studienfächern: 8 in Theologie, 1 Rechtswissenschaft, 14 Philosophie, 45 neuere Philologie, 4 Geschichte, 5 Mathematik, 14 Naturwissenschaften, 2 Kunstgeschichte, 1 Staatswissenschaften.

Ueber Zeugnengebühren. Der Hilfsassistent R. wurde in einem Prozeß als Zeuge vernommen und ging dann nach der Gerichtsasse, um sich Zeugnengebühren auszahlen zu lassen. Er gab dabei an, er sei stellungslos, habe aber einen Einnahmeaufschlag von etwa 2 Mark, da er private Stunden erteile. Auf diese Angabe wurden ihm 1,80 Mk. ausbezahlt. Es stellte sich aber heraus, daß die letztere Angabe unrichtig war. R. war stellungslos und hatte überhaupt keine Einnahme. Mithin hatte er auch keine Einbuße erlitten. Es wurde deshalb ein Verfahren wegen Betrug gegen ihn eingeleitet. Er zahlte nun die 1,80 Mark zurück, trotzdem aber wurde Anklage gegen ihn erhoben. Das Schöffengericht verurteilte ihn jetzt zu einer Geldstrafe von 12 Mark.

Das Stellungslose verpflichtet sein sollen, gratis auf das Gericht zu laufen, um dort die unangenehme und schließlich nicht einmal ungefährliche Pflicht als Zeuge zu erfüllen, läßt sich unmöglich aufheben. Da vermehrt doch auch der Stellungslose seine Zeit nützlich anzulegen. Und wenn in diesem Falle der Zeuge wirklich kein Anrecht auf Gebühren hatte, mußte denn da noch Anklage erhoben werden, nachdem er den Beitrag zurückgezahlt hatte?

Verurteilter Taschendieb. Am 10. Mai wurde auf dem Breslauer Hauptbahnhof der Schneider Jucker aus Oberberg in dem Augenblick festgenommen, als er in dem Gebränge einem Lichtermesser in die Rocktasche griff. Durch Messungen wurde festgestellt, daß Jucker mit einem schon lange gefuchten internationalen Taschendiebe identisch ist. Das vom Schöffengericht gegen ihn gefällte Urteil lautet auf sechs Monate Gefängnis.

Selbstmord. Am 3. d. Mts. vergiftete sich der 32-jährige Oberpfleger eines hiesigen Krankenhauses Emil Münster, Pöpelwitzstraße 46 wohnend, mit Veronal (Schlafpulver).

Öffentlicher Unglücksfall. Am 3. d. Mts. verunfallte der Schuhmacher Franz Borsall Abends 10^{1/2} Uhr in dem Grundstück Stadtplatz 14 durch einen Sturz von der Treppe; er starb am 4. d. Mts. infolge der dabei erlittenen Verletzungen.

Mitbürger!

Hast du gegessen und getrunft, Getrunken aus der Flasche, So steh' die Kette — sei so gut — Nur wieder in die Tasche. Papier und Glas sind keine Bier. — Das merke dir!

Ein Rückblick auf die Bewegung der Zimmergesellen von Breslau.

Einer, der mitten in der Bewegung steht, schreibt uns: Seit Ausgang der achtziger Jahre war es im Zimmererzunft hier zu einer Arbeitslosigkeit nicht mehr gekommen; die tägliche Arbeitszeit betrug im Jahre 1890 noch 11 Stunden, der Stundenlohn 31 bis 35 Pfennig. Es begannen mit dieser Zeit erst die eigentlichen Verhandlungen zwischen Parteien und die ersten Forderungen von Tarifverträgen. Die Arbeitgeber von damals, unter der Führung des Herrn Hausmanns, verhandelten, verhandelten, verhandelten hin und her, bevor sie es zu einer Arbeitslosenstellung kommen ließen. Man einigte sich über den Lohn in den meisten Fällen auf der mittleren Linie, so daß man selber hart an der Grenze der Arbeitslosigkeit angelangt war; die Gesellen konnten im letzten Augenblick immer wieder noch von diesem Mittel absteigen. Auch in der Arbeitszeitverkürzung wurde in diesen Zeitaltern von den Arbeitgebern verschleierliche Zugeständnisse gemacht; in diesem Punkte waren die heute nicht mehr lebenden Zimmermeister Jülich und Wulfer die härtesten Gegner. Ja, das eine Mal kam es sogar so weit, daß in der „Kaiserburg“ eines Abends beschließen wurde, wenn bis Mittag des anderen Tages keine Zugeständnisse erfolgen, am Abend des nächsten Tages die Einstellung der Arbeit einstellen sollte. Dem Einflusse des Herrn Simon gelang es am Tageschluß, doch noch Zugeständnisse zu erzielen.

So entwickelte sich die Breslauer Zimmererbewegung bis in das Jahr 1909 hinein, wo der Stundenlohn 55 Pfennig, die tägliche Arbeitszeit 9 1/2 Stunden betrug. Es bedeutete dies innerhalb 19 Jahren eine Lohnerhöhung von 20 Pfennig und eine Arbeitszeitverkürzung von 1 1/2 Stunden. Diese Erfolge waren nicht unbedingt groß, aber doch ohne besondere Opfer erreicht. Die wirtschaftlichen Verhältnisse der letzten Jahre waren so gestaltet, daß die Wohnungs- und Lebensmittelpreise bedeutend mehr im Preise gestiegen waren, als für die Zimmerer- gesellen im Lohn Zulagen erfolgten. Die Unternehmer, die das Wohlsein, drängten zu einer Entscheidung im großen Stille, um die Organisation zu vernichten. Als aus dieser Ursache im Jahre 1908 wegen der Unmöglichkeit der Verhandlung auf dem Hauptmarkt ein Tarif abschließen wurde ohne Lohnzulage, wurde eine kleine Anzahl Kameraden, welche die Unterstützung in Breslau in den letzten zwanzig Jahren nicht fanden, von den Organisationen ab, mit dem Vorwande, aus eigener Kraft besser vorwärts zu kommen. Die oben angeführte Entscheidung kam, die Unternehmer sperren unsere Mitglieder am 15. April 1910 in größerer Zahl aus, als man ursprünglich angenommen hatte. Die Unternehmer fanden die Zimmerer- gesellen aber auch kampfsüchtiger, als sie es sich gedacht hatten. Man muß selbst zwischen den Streitenden gestanden haben, um zu wissen, wie unerschrocken diese zehn schweren Wochen des Kampfes ausgefallen würden; man muß selbst gesehen haben wie mit der Annahme des Schiedsspruches unter den Streitenden ein Kampfesmut vorhanden war, der in der Arbeiterbewegung selbsterlöschend wirkt. Selbst die Unternehmer geben das nach Beendigung des Kampfes unumwunden zu. Wenn wir leider bezüglich des Lohnes nicht auf unsere Rechnung gekommen sind und durch den Schiedsspruch die kleinen Orte auf Kosten der großen Städte sich Vorteile verschafft haben, so sind wir aber, das steht fest, nicht zerplittert, sondern geehrt und gefestigt aus dem Kampfe hervorgegangen. Erwiesenermaßen haben die Breslauer Zimmerer- gesellen dem Schiedsspruch nicht zugestimmt aus Kampfeslust, sondern aus Gründen der Disziplin.

Nun noch ein Wort zu der Abpflückerung der Kameraden vom Jahre 1908. Von jeder Seite hat man innerhalb dieser zwei Jahre nichts anderes zu tun gehabt, als den Zentralverband der Zimmerer zu beschimpfen, seine Angestellten zu verächtlichen, sie ein über das andere Mal vor den Abt zu schleppen und anderes mehr. Der Breslauer Parteibewegung, die schwere Zeiten durchgemacht und noch schwerere zu gewärtigen hat, ist man allerdings hinderlich in den Weg getreten. Wo sind die Maulhelden vom Jahre 1908 geblieben? Wo haben sie während des Kampfes gesteckt? Die Führung der ganzen Bewegung überließ man einfach den Zentralverbänden und plätscherte auf der Oberfläche hin. Sollte es eine bessere Gelegenheit geben können für diese starken Männer, als jetzt aller Welt zu zeigen, was sie leisten konnten? Nichts von alledem! Sang- und Klanglos, ohne jeden Einfluß und Erfolg sind sie aus dem für sie so beschämend schlapp geführten Kampfe wieder in die Arbeit getreten. Dabei wird man es verständlich finden, wenn heute die Kameraden sich gegenständig fragen, ob denn ein solches Spiel gespielt sein muß und für die Klassenbewußte Arbeiterbewegung überhaupt einen Vorteil hat?

Das Arbeiter-Sekretariat Breslau ist im Monat Juni 1910 von 1395 Personen in Anspruch genommen worden. Davon waren erstmalige Besuche 1293, wiederholt erschienen 102, im Ganzen wurde in 1455 Fällen Auskunft erteilt. Von den 1398 Personen waren 1190 männlich, 205 weiblich, organisiert 1154, Ehefrauen Organisierten 116, Organisationsunfähige 125, wohnhaft in Breslau 1294, auswärts 101. Die Zahl der Schriftsätze ergibt sich aus folgendem: Arbeiterversicherung 73, Arbeits- und Dienstvertrag 45, Bürgerliches Recht 110, Strafrecht 39, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 298, Arbeiterbewegung 5, Privatversicherung und Diverfes 7. Das sind insgesamt 577 Schriftsätze. Ferner wurde in 1455 Fällen mündlich und schriftlich Auskunft erteilt, und bewegte sich in folgendem: Arbeiterversicherung 256, Arbeits- und Dienstvertrag 162, Bürgerliches Recht 371, Strafrecht 106, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 531, Arbeiterbewegung 9, Privatversicherung und Diverfes 20. Ein Rückblick auf das erste Halbjahr ergibt, daß insgesamt 6300 Personen das Sekretariat besuchten. Ein Mehr gegenüber dem vorigen Halbjahr von 900 Personen. Schriftsätze wurden insgesamt 2639 angefertigt. Ein Mehr von 567. Anschließend daran werden die Besucher des Sekretariats ersucht, über den Ausgang ihrer Sache mündlich oder schriftlich zu berichten, damit event. die Sache weiter verfolgt werden kann. Zudem ist es auch notwendig, über die Erfolge oder Misserfolge genaue Statistik zu führen.

Die Besucher unserer Freitags-Feier am Sonntag Abend 6 Uhr werden darauf aufmerksam gemacht, daß nach den künstlerischen Darbietungen ein köstliches Tanzkonzert folgt. In der letzten Veranstaltung des Sozialdemokratischen Vereins wurde von einigen Genossen gesagt: „Bei den Veranstaltungen des Bildungsausschusses ist es ja immer so voll.“ Das trifft auf die Sommer-Veranstaltungen nicht zu. Im Gegenteil! Es sind also noch reichlich Programme à 20 Pf., in der „Volkswacht“, bei den Distriktsführern und an der Kasse zu haben.

Ein Lunapark in Breslau? Vor einigen Tagen brachten hiesige Zeitungen die Meldung, eine Unternehmerrgesellschaft habe beim hiesigen Magistrat den Antrag auf Ueberlassung des Spielplatzes auf dem alten Schwärzinger Rennplatz zur Errichtung eines Lunaparks gestellt; dieser Antrag sei jedoch abgelehnt worden, da die Stadt selber vorhatte, auf dem Platz ein Vereins- und Ausstellungsgelände zu errichten. Dieser Nachricht liegt, wie wir zuverlässig erfahren, folgendes Tatsächliche zugrunde:

Ein Antrag ist an den Magistrat nicht gestellt worden; es haben nur einige Herren den zuständigen Magistratsbegehrten besucht und mit ihm über den Plan der Errichtung eines Lunaparks gesprochen, um die Meinung des Dezernenten zu

hören. Da dieser sich in ablehnendem Sinne äußerte, so ist seitdem von jener Seite kein weiterer Schritt bei der Stadtverwaltung unternommen worden. Der betreffende Magistrat hat diese Angelegenheit aber auch mit dem Leiter der Stadtverwaltung besprochen und sie ist in der letzten Sitzung des Magistrats auch im Kollegium zur Sprache gebracht worden. Das Magistratskollegium hat die ablehnende Haltung des Dezernenten vollständig gebilligt. Was nun die Meldung betrifft, daß der Magistrat plane, auf dem Spielplatz ein großes Vereins- und Ausstellungsgelände zu erbauen, so ist damit nur ein alter lange bestehender Gedanke neu aufgewärmt worden. Bekanntlich soll der alte Rennplatz auch zur Erweiterung des Zoologischen Gartens dienen, zu welchem Zwecke südlicherseits auch der Ankauf des ehemals Möstlerschen Grundstücks durch die Stadt erfolgt ist. Mit diesen Projekten in Verbindung hat die Stadtverwaltung schon lange den Plan befaßt, ein neues Restaurations-, Konzert-, Vereins- und Ausstellungsgelände auf dem Gelände des alten Rennplatzes zu erbauen. In diesem Plane wird festgehalten und weiter gearbeitet; wann er aber soweit gediehen sein wird, daß er den maßgebenden Stellen zur Beschlußfassung unterbreitet wird, wann an seine praktische Ausföhrung gegangen werden kann, das ist heute noch durchaus nicht abzusehen.

P. V. ist gestern über Grottkau nach Meisse geflogen und nach 2 1/2 stündiger ununterbrochener Fahrt glücklich gelandet. Automobile, die ihn begleiteten, blieben halb weit hinter ihm zurück. Am Sonntag unternahm der Ballon in Wilschmeritz zwei Flüchtigkeiten mit Fahrten um den Flugplatz herum. Bei der ersten wurde der erfolgten Anführung entsprechend ein Kreisfahrtschein aus der Gondel geworfen. Ein Malergeselle Strauch fing ihn auf dem Flugplatz auf und machte dann dafür die zweite Fahrt mit.

Morgen kehrt der Ballon nach Breslau zurück und nimmt seine Fahrten wieder auf.

Achtung, Kameraden und Hilfsarbeiter! Mittwoch, den 6. Juli, Abends 7 1/2 Uhr, findet eine Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus, Zimmer 3-4, statt.

Bauschläger. Dienstag, den 5. d. M., Abends 8 Uhr: Versammlung im Zimmer 5 des Gewerkschaftshauses.

Kindesmord? Am 5. d. M. früh ermordete das 18jährige Dienstmädchen Emma Pögl, Mühlstraße 2 dienend, ihr heimlich geborenes Kind bald nach der Geburt. Das Mädchen wurde zunächst in dem Allerheilighospital untergebracht. Wohl ein neuer Fall Anna Werner?

Unwetter Schäden auf den Friedhöfen. Das schwere Regen- und Hagelwetter, das letzten Sonntag hat auch auf den Friedhöfen großen Schaden angerichtet. Infolge der in großer Menge herunterstürzenden Wassermassen sind viele Grabhügel gänzlich eingekunken, andere sind schief geworden und stehen daher sehr ungesund aus. Auch die auf den Gräbern wachsenden Sträucher und Blumen haben aus empfindliche gelitten, so besonders die jetzt in kypflicher Blüte sich befindenden japanischen Trauerrosen. Allen denjenigen, die sich die Pflege der Gräber lieber Angehöriger angelegen sein lassen, sei daher dringend empfohlen, schleunigst der Grabstätte einen Besuch abzustatten, um nötigenfalls entsprechende Maßregeln zur Beseitigung der entstandenen Schäden treffen zu können. Bemerk sei, daß der Coler Friedhof von dem Unwetter besonders mitgenommen ist, weil dort der Hagelfall sehr lange angehalten hat.

Feuer. Am 3. d. M., Mittags 1 1/2 Uhr, wurde die Feuerwehre nach dem Grundstück Riedigerstraße 12 gerufen, wo in der Werkstatt eines Schuhmachereisters angeblich infolge Bligschlag ein kleiner Brand entstanden war. Das Feuer wurde durch die Hausbewohner sofort gelöscht, daß die Feuerwehre bei ihrem Eintreffen nur noch mit einer Eimerbrücke eingreifen brauchte.

Gefunden wurden Legitimationspapiere, ein silbernes Armband, eine goldene Damenuhr, ein goldenes Halsketten mit Herz und zwei Photographien, eine Anstaltskarte, ein Damenschirm, ein Stoffkästchen, ein Paket mit Zimmermannshandwerkzeug und ein Pöndelkästchen mit Inhalt. — Herrlos aufgefunden wurde am Odebaum bei Pöpelwitz ein Sack mit 30 Pfd. Paraffin. Abgeholt im Fundbureau.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Deutsch-Lissa, 5. Juli. Aus einer kleinen Gemeinde. Mit der Amtsföhrung des Schuhmanns Kammer, der auch schon einmal verhaftet hatte, weil wir in einem Artikel gesagt hatten, daß er betrunken gewesen sei und eine unrechtmäßige Verhaftung vorgenommen hätte, sind in den letzten Monaten mehrfach Klagen aus den Reihen der Bürgererschaft laut geworden. Kammer findet in der Person des Bürgermeisters Kuhnert seinen Verteidiger, der ihn immer als Muster eines pflichterfüllten Ordnungshüters hinstellt. Diese und Vorurteile auf kommunalem Gebiet haben an einer Fehde zwischen dem Verleger des hiesigen Wochenblattes, dem Buchdruckermeister Feist, und dem Bürgermeister Kuhnert geführt, in deren Verlauf Feist dem Bürgermeister vorwarf, daß er eine Listache offensichtlich verschweigt, die unbedingt notwendig zur Aufklärung der Gemeindegeldverhältnisse wäre. In der letzten Gemeindegeldverteilung ließ sich nun das Gemeindegeldverhältnis ein Vertrauensvotum ausstellen, wonach die Gemeindegeldverteilung nach eingehender Verhandlung zu der Ueberzeugung gekommen ist, daß der Bürgermeister Kuhnert nicht offensichtlich und öffentlich verleumdet hat, und dann wurde dem Bürgermeister das übliche volle Vertrauen ausgesprochen. Für diese Vertrauensvotumgebung stimmte, wie das Wochenblatt für Deutsch-Lissa selbst, der Bürgermeister selbst.

Das oben genannte Wochenblatt ist aber trotz dieser Vertrauensvotumgebung für den Bürgermeister immer noch der Meinung, daß der Bürgermeister Kuhnert eine Listache offensichtlich verschweigt, die zur Aufklärung der Gemeindegeldverhältnisse unbedingt notwendig wäre. Unverständlich ist uns, wie der Bürgermeister für sein eigenes Vertrauensvotum stimmen konnte. Jedenfalls werden wir über den Ausgang des Streites weiter berichten, sobald eine Beschwärde über den Bürgermeister bereits unterwegs ist.

Neueste Nachrichten.

Zum Kampf im Bangwerbe.

Magdeburg, 5. Juli. Die Morgenblätter melden: Die Bauarbeiter beschlossen die Wiederaufnahme der Arbeit gegen eine sehr starke Minorität.

Schwere Eisenbahn-Katastrophe.

Cleveland (Ohio, Vereinigte Staaten), 5. Juli. Bei Dayton stießen zwei Züge zusammen. 36 Leichen wurden bisher geborgen. 75 Personen wurden verletzt.

Der Zusammenstoß erfolgte zwischen einem Expresszug und einem Güterzug, und zwar als ersterer in voller Fahrt war. Der Expresszug wurde fast vollständig zerstört. Die Lokomotive fiel einen Abhang hinunter und überschlug sich. Der Maschinenführer und Feiger sind tot. Kurz nach dem Zusammenstoß gerieten die Triebwagen der Wagen in Brand, wodurch das Unglück noch vergrößert wurde. Man glaubt, daß mehr als sechzig Personen tot sind. Bis zum Abend waren 36 Leichen geborgen. Aus Hamilton und Dayton wurden hundert Leichen abgeholt. Da die Gegend, in der sich das Unglück ereignete, ziemlich abgelegen ist, hatten die Verletzten große Qualen auszuhalten, bevor ihnen die Leichen abtransportiert werden konnten. Die Wagen sind voll-

ständig ineinandergelassen. Besonders schwer hat der Speisewagen gelitten, der sich zwei Mal überschlug und einen hohen Abhang hinunterrollte. Die Passagiere, die sich in dem Speisewagen befanden, haben alle den Tod gefunden.

Fernfahrt des M. III.

Berlin, 5. Juli. Heute Nacht hat der Militär-Panzerwagen M. III unter Führung des Major-Groß vom Militär-Schießplatz auf eine Fernfahrt nach Gotha angetreten, um dort die neu-erbauten Luftschiffe zu prüfen und Funkentelegramme auszutauschen. M. III wird acht Tage in Gotha bleiben und dann wieder nach Tegel zurückkehren, wo er bis zu den Kaisermandieren verbleibt, an denen er teilnimmt.

Das russisch-japanische Abkommen.

Paris, 5. Juli. Ueber das zwischen Rußland und Japan getroffene Abkommen wird in Ergänzung der bisherigen Nachrichten von unüberprüfbarer Seite bekannt gegeben: Das Abkommen stellt fest, daß beide Vertragsparteien sich verpflichten, ihren gegenseitigen Beziehungen zu respektieren, so zwar, daß Rußland sich jeden Eingriff in die japanische Einflussphäre und Japan seinerseits sich jeder Etdringung in russischen Machtgebiet in der Mandchurien enthält. Zugleich verbleiben beide Vertragsparteien, diesen Status in der Mandchurien mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten, und, falls von irgend einer Seite daran gekümmelt werden würde, sich mit aller Kraft Weisand zu leisten. Damit ist der Charakter eines Defensiv-Bündnisses gegeben und in unzweifelhafter Weise den Vereinten Staaten die Antwort auf ihren Vorschlag erteilt, die Eisenbahnen, sowie alle übrigen von China verwalteten Staatsdomänen in der Mandchurien von einer internationalen Kommission bewirtschaften zu lassen.

Vom eigenen Auto überfahren.

Paris, 5. Juli. Dr. Dufastel, eine bekannte Persönlichkeit, ist gestern Abend von seinem eigenen Auto überfahren worden. Das Auto setzte sich auf bisher unauffällige Weise in Bewegung, als er im Begriff war, die Laternen anzuzünden.

Metz, 5. Juli. Der Arbeiter Willmann hat eingestanden, die Arbeitstätte der Fieber Arbeitermission in Brand gesteckt zu haben. Bei dem Brand kam der Stadtmissionar Brodmann ums Leben.

Eisenach, 5. Juli. Das Schwurgericht verurteilte den Bader gebilfen Polz wegen Ermordung der Baderschwehfrau Bernlein zum Tode.

Wien, 5. Juli. Die parlamentarische Lage hat sich berart verschlechtert, daß man allgemein erwartet, die Regierung werde morgen oder übermorgen das Parlament schließen.

Bersammlungen und Vereine

Gewerkschaftshaus.
Dienstag, den 5. Juli:
Korkarbeiter. Versammlung. Billardzimmer.
Steinleher. Versammlung. Zimmer 1.
Trostlinn. Uebungsabend. Zimmer 2.
Bauschläger. Abends 8 Uhr: Versammlung. Zimmer 5.
Mittwoch, den 6. Juli:
Brauereiarbeiter. Versammlung. Großer Saal.
Verband der Steinarbeiter. Abends 7 1/2 Uhr. Versammlung im Billardzimmer.
Steinarbeiter. Versammlung. Billardzimmer.
Handlungsgehilfen. Versammlung. Zimmer 1.
Bauschläger. Versammlung. Zimmer 2.
Kammer und Hilfsarbeiter. Versammlung. Zimmer 3.
Arbeiter-Radfahrer-Verein. Versammlung. Zimmer 5.
Stenographen (System Krenns). Zimmer 7.
Donnerstag, den 7. Juli:
Bücher. Versammlung. Saaltheater.
Französischer Unterricht. Abends Punkt 8 Uhr im Billardzimmer.
Waler. Versammlung. Zimmer 2.
Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 1/2—9 Uhr im Zimmer 7.

Freitag, den 8. Juli:
Deutscher Kurier. Zimmer 2.
Stenographen. Zimmer 3/5.
Sonabend, den 9. Juli:
Porzellanarbeiter-Verband. Stiftungsfest. Großer Saal.
Schwimmerverein „Poseidon“. Versammlung. Zimmer 1.
Lehrerarbeiten. Versammlung. Zimmer 2.
Buchbinder. Mitgliederversammlung im Zimmer 2. Vortrag des Herrn Dr. med. Max Gahmann. Fortsetzung der Diskussion über Erturt. Besuch der Papierfabrik Sacrau.
Lehrerarbeitenverband. Abends 8 1/2 Uhr: Versammlung und Abrechnung sämtlicher Kosten. Zimmer 2.
Arbeiterjänger-Vereinigung. Ausschuß-Sitzung. Zimmer 3.
Sonntag, den 10. Juli:
Müller. Nachmittags 3 Uhr: Versammlung. Zimmer 2.
Sozialdemokratischer Verein Breslau.
Der nächste Zahlabend ist Montag, den 11. Juli, Abends 8 Uhr, in den bekannten Lokalen.

Distrikt 3a (Gräbischer Vorstadt).
Sonntag, den 10. Juli, Vormittags 10 Uhr, bei Milde, Gräbischerstraße 74: Versammlung aller Mitglieder des Distrikts. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Bericht vom 2. Quartal 1910. 3. Beschlußfassung über ein Sommerfest. 4. Verschickenes. Mit Rücksicht auf die wichtige Tagesordnung ist es Pflicht aller Genossen und Genossinnen, zu erscheinen. Der Distriktsführer.

Distrikt 8 und 9a.
Sonntag, den 10. Juli, findet ein gemeinschaftlicher Ausflug nach Wadnitz, Station Hochrath, statt. Freie Unterhaltung ist betrieht gesorgt. Die Abfahrt erfolgt per Kleinbahn früh 9 Uhr. Genossinnen und Genossen anderer Distrikte sind freundlich eingeladen. Bei ungenügender Bitterung findet die Abwidlung des Programms im Gewerkschaftshaus, Nachmittags statt.

Distrikt 13 (Schützberg).
Sonntag, den 10. Juli, Familienausflug nach Deutsch-Lissa, Rudawan, Rischberg, Marfchwig, Stabelwitz, Serunprosch und Sandberg. Treffpunkt früh 7 Uhr im Distriktslokal. Abfahrt 8 Uhr vom Freiburger Bahnhof. Rückfahrt per Dampfer.

Distrikt 14 (Schlauer Vor).
Sonntag, den 10. Juli, findet ein Familien-Ausflug nach Deutsch-Lissa-Stabelwitz statt. Abfahrt nach Lissa früh 6,30 Uhr vom Hauptbahnhof. Treffpunkt im Distriktslokal, Königgräberstr. 10. Abmarsch von dort kurz vor 8 Uhr. Der Ausflug findet bei jeder Witterung statt.

Distrikt 16 (Strehleener Vor).
Sonntag, den 10. Juli, findet unter Ausflugs nach Trebnitz statt. Freie Unterhaltung ist betrieht gesorgt. Abfahrt erfolgt vom Oberdorfbahnhof früh 8,48 Uhr. Treffpunkt im Distriktslokal Hudenstraße 80 um 7 Uhr früh. Abmarsch 7 1/2 Uhr nach Lobositz. Genossinnen und Genossen anderer Distrikte sind ebenfalls eingeladen.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land).

Land-Distrikt 4 (Bezirk Gräbichen, Gr.-Mochberu u. Opperau.) Dienstag, den 5. Juli, Abends 8 Uhr: Mitglieder-versammlung bei Ruppich in Gräbichen. 1. Stellungnahme zu dem am 17. Juli stattfindenden Generalversammlung. 2. Neuwahl des Distriktsführers.
Land-Distrikt 5 (Bezirk Rudawan, Rischberg, Serunprosch, Stabelwitz, Serunprosch). Mittwoch, den 6. Juli, Abends 8 Uhr, bei Pöbel, Gartlieb: Mitglieder-versammlung. 1. Jahresbericht des Distrikts. 2. Wahl des Distriktsführers und zweier Revisoren. 3. Wahl eines Bezirksführers in Kleinberg.
Land-Distrikt 9 (Tschansch). Mittwoch, den 6. Juli, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft sämtlicher Mitglieder bei Wisker in Kl.-Tschansch.

Schätzt den Sieg!

Unter dieser Überschrift schreibt Genosse Bebel in „Grundstein“:

Als gegen den Frühling dieses Jahres in allen Kreisen, die sich für die soziale Bewegung interessieren, die Ueberzeugung Platz griff, daß wir einen großen Kampf im Kampfe zwischen den Arbeitern auf der einen, den Unternehmern und ihren kapitalkräftigen Hintermännern auf der anderen Seite entgegen gingen, war das Unbehagen allgemein.

Man wußte, daß namentlich von der Seite der Unternehmer seit Jahr und Tag gewaltige Anstrengungen gemacht wurden, um einen glücklichen Ausgang des Kampfes für sie herbeizuführen. Man sah also allerseits einem Kampfe entgegen. Wie er bisher in Deutschland noch nie geführt worden war. Und zwar nicht bloß in Rücksicht auf die Zahl der Beteiligten auf beiden Seiten und der in Frage kommenden Interessen, auch das Kampfgelände mußte das denkbar größte werden. Ganz Deutschland war das Schlachtfeld, auf dem gleichzeitig gekämpft wurde. Die zwei sich gegenüberstehenden Heere waren ungleich an Zahl der Köpfe, aber auch ungleich an materiellen Mitteln. Die Unternehmer und ihre Hintermänner, hatten zweifellos die größeren materiellen Mittel zur Verfügung, aber die Arbeiter hatten in diesem Kampfe fast die gesamte öffentliche Meinung auf ihrer Seite, ein Faktor, der in wirtschaftlichen Kämpfen von großer Bedeutung ist, wie der Ausgang dieses Kampfes wieder beweisen hat.

Sieben Wochen lang waren Hunderttausende von Arbeitern ausgepöbelt gewesen, wurden Millionen Mark Arbeitergroschen für die zum Kampfe gezwungenen Arbeiter geopfert, deren Haltung eine in jeder Beziehung bewundernswürdige war. Not und Sorge waren in zahllosen Familien die Folge. Doch siehe, rascher als die größten Optimisten gehofft, ging angeht die geschlossene Haltung der Arbeiter der Kampf zu Ende und statt einer von vielen Seiten befürchteten Niederlage brachte er den kämpfenden Arbeitern den Sieg.

Ja, ein Sieg ist das Resultat dieses Kampfes für die Arbeiter, so viele auch unter den beteiligten Arbeitern es geben mag, die das nicht im vollen Sinne gelten lassen wollen.

Einen Sieg bedeutet es, wenn die Forderungen der Unternehmer auf der ganzen Linie zurückgewiesen wurden, ein noch größerer Sieg ist es, daß das bisher Besessene nicht nur erhalten, sondern die Unternehmerrasse auch noch zu Konzessionen gezwungen wurde.

Wie der Kampf in seiner äußeren Erscheinung ein bisher einzig dagewesener war, so ist auch der Erfolg ein bisher einzig dagewesener. Der Sieg ist für die beteiligten Arbeiterkreise ganz Deutschlands errungen worden. Die Arbeiter in den kleineren und kleinsten Orten, die bisher kaum je in der Lage waren, einen Kampf um bessere Arbeitsbedingungen führen zu können, sie nehmen mit Teil an diesem Siege und haben Vorteil von diesem Kampfe, ja, sie haben sogar den Hauptvorteil davon. Dieser Vorteil kommt aber auch wieder den gesamten beteiligten Arbeiterorganisationen zugute, und zwar mit den Jahren in dauernd höherem Maße.

Indem den Nachgekommen in den verkerensten Winkeln Deutschlands die Vorteile des Sieges mit in den Schoß fließen, ist ihnen sinnenfälliger der ungeheure Vorteil einer geschlossenen, über ganz Deutschland verbreiteten Berufs-

organisation zum Bewußtsein gekommen. Sie haben jetzt zum ersten Male in greifbarer Form gelernt, was es heißt, organisiert, diszipliniert, solidarisches mit allen Berufsangehörigen Schulter an Schulter zu stehen und zu kämpfen. Der Gedanke der Organisation, das Bewußtsein von der Notwendigkeit der Disziplin und Solidarität hat dadurch mächtig an Boden gewonnen, die Rekrutierungsgebiete für Streikbrecher wurden für längere Zeit bedeutend eingeengt. Das erleichtert aber künftige Kämpfe der gesamten Bauarbeiter Deutschlands in einem ganz eminenten Maße. Von diesem Gesichtspunkt betrachtet, ist also der Bauarbeiter Sieg ein weit größerer, namentlich in seinen künftigen Folgen, als dieses auf den ersten Augenblick der Fall zu sein scheint. Ferner ist das Selbstbewußtsein aller Beteiligten und darüber hinaus der gesamten Arbeiterklasse Deutschlands mächtig durch diesen Sieg gehoben worden. Die Arbeiter begreifen in höherem Maße, was sie leisten und erreichen können, stehen sie fest, opferwillig und unentwegt zusammen.

Endlich ist zu beachten, daß dieser Kampf von der gesamten Unternehmerrasse mit größtem Interesse verfolgt wurde. Der Kampf auf nationaler Stufenleiter innerhalb eines Werbes war in ihren Augen ein Versuchsspiel, das, wenn es gelang, zur Nachfolge reizte; das aber wenn es mißlang, eine Warnung bedeutete. Nur, der Versuch ist mißlungen und dadurch zweifellos auf abschließbare Zeit hinaus der Unternehmerrasse ein zweiter Versuch zur Nachahmung verweigert. So haben nicht nur die Bauarbeiter, sondern es hat die gesamte deutsche Arbeiterklasse ebenfalls einen Vorteil aus diesem Siege geschöpft.

Sind nun die Nachgekommen in der einen oder anderen Stadt unzufrieden mit dem nach ihrer Meinung zu geringen materiellen Erfolge, so mögen sie die großen ideellen Erfolge ins Auge fassen, die ihnen dieser Kampf gebracht hat. Ideelle Erfolge, die notwendig im Laufe der Jahre zu höheren materiellen Erfolgen sichern werden, als sie ohne diese ideellen Erfolge erreichen könnten. Die Zahl der Kämpfe wird eine weit größere und die Zahl der hemmenden Kräfte eine weit kleinere. Das ist besonders ins Auge zu fassen, soll der Sieg richtig gewürdigt werden. Es ist aber eine schwere Schädigung, um nicht zu sagen Infragestellung des Erreichten, wenn wir und da die Nachgekommen Miene machen, sich den zwischen ihren erwähnten Vertrauensleuten und den gegnerischen Vertretern vereinbarten Bedingungen nicht zu fügen. Voraussetzung jedes Vertrages ist, daß beide Teile, die den Vertrag abschließen, denselben auch loyal erfüllen. Verlangen wir von den Unternehmern, daß sie die vereinbarten Bedingungen respektieren — und es sind viele unter ihnen, denen der Vertrag für die Arbeiter zu gunsten erscheint —, dann erfordert die Loyalität, daß die Arbeiter ebenfalls einhalten, was ihre Vertrauensmänner im Interesse der Gesamtheit vereinbarten.

Was du nicht willst, was man dir tu', das füg' auch keinem andern zu! Wie du mir, so ich dir!

Abgesehen aber von dieser selbstverständlichen Pflicht der Loyalität gegen den Gegner, erfordert die Rücksicht auf die gewählten Vertrauensleute, daß man sie nicht bloß stellt, daß man, wenn auch widerwillig, erfüllt, was sie im Gesamtinteresse vereinbarten und unter der Voraussetzung, daß man billige, was sie getan

Auch hat eine Organisation nicht nur gegen sich selbst und gegen den anderen vertragschließenden Teil, sondern auch gegen die Allgemeinheit moralische Verpflichtungen. Die Sympathien, die die Allgemeinheit im vorliegenden

Falle dem Kampfe der Bauarbeiter entgegenbrachte, würden in das Gegenteil verkehrt, zählten die Arbeiter, daß sie getrossenen Vereinarungen ihrer Vertrauensmänner die Erfüllung versagten. Ferner ist es verdammt und selten es noch so viele, sich der Entschädigung der großen Mehrheit ihrer Kollegen zu fügen.

Und wer gar mit Organisationsbruch droht oder ihn vollzieht, begeht Verrat an den Berufs- und an den allgemeinen Arbeiterinteressen. Er ist ein Fahnenflüchtiger, der dem Feinde Waffen liefert.

Und noch eine andere Gefahr droht. Vertreten namhafte Teile der beteiligten Arbeiterkreise: ihren Vertrauensleuten die Gefolgschaft, so begehen sie Verrat an sich selbst. Wer wird sich wundern, wenn alsdann auch die Unternehmer den Spieß umkehren und erklären, daß sie sich nunmehr ebenfals aller Verpflichtungen entbunden crachten und der alte Kampfzustand wieder hergestellt sei?

Wie würde aber die Allgemeinheit es auffassen, wenn durch Verschulden eines Teiles der beteiligten Arbeiter alles wieder in Frage gestellt würde? Und wie würden insbesondere die deutschen Gewerkschaften einen Schritt ausnehmen, der aus neue einen Kampf von unübersehbarer Dauer und von nicht zu überschenden Folgen hervortriebe?

Diese Fragen sollten sich diejenigen vorlegen, die glauben, den getroffenen Vereinbarungen opponieren und wider sie handeln zu müssen. Bei einer gewissenhaften Prüfung kann die Antwort nicht zweifelhaft sein.

Der Sieg ist vorhanden, ein weit größerer Sieg als er anfangs von irgend einer Seite erwartet werden konnte. Es ist aber schon mancher Sieg nachher durch taktische Fehler in eine Niederlage verwandelt worden.

Sorget, Arbeiter, auf allen Seiten, daß der Sieg Sieg bleibt!
H. Bebel.

10. Generalversammlung des Verbandes Deutscher Textilarbeiter.

1. r. Berlin, den 25. Juni 1910.

Schwerer Verhandlungstag.

Das vorjährige Referat des Genossen Hädel: „Die Textilindustrie in der Geseßgebung“ wurde mit ungeteilter Aufmerksamkeit am Freitag Nachmittag entgegengenommen. Der Grundgedanke ist in folgender Resolution zusammengefaßt:

„In Erwägung, daß die deutschen Textilarbeiter und Arbeiterinnen in Bezug auf körperliche Entwicklung weit zurückgefallen hinter der körperlichen Entwicklung der Arbeiter anderer Berufe, und diese Tatsache zum großen Teil zurückzuführen ist auf die mit der Arbeit in Textilfabriken verbundenen gesundheitlichen Schädigungen; daß weiter eine Anzahl Branchen und Arbeitszweige der Industrie vorhanden sind, welche in besonders hohem Maße als für die Gesundheit der Beschäftigten gefährlich anerkannt werden (Nachstränge, Zulebrände, Wollfabrikation, Kunstwollfabrikation, Wollfärberei, Kammgarnspinnerei etc.), fordert die Generalversammlung von den gesetzgebenden Körperschaften besonderen und weitgehenden Schutz für Leben und Gesundheit zu Gunsten der in diesen Branchen und Abteilungen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.“

Die Versammlung beauftragt ihren Zentralvorstand, dieser Angelegenheit dauerndes Augenmerk zuzuwenden. In Verbindung mit der Bearbeitung der allgemeinen Branchenangelegenheiten sind die Schädigungen der Arbeiter durch den Arbeitsprozeß und die diesbezüglichen Beschwerden der Arbeiter festzustellen, die Forderungen zu formulieren und sodann das weitere in zweckentsprechender Weise zu veranlassen.

Die Generalversammlung des Verbandes Deutscher Textilarbeiter beschließt mit Rücksicht auf die durch die Zollpolitik hervorgerufenen enormen Schädigungen der Textilindustrie im allgemeinen und der Arbeiter im besonderen, auf die Tagesordnung des nächsten Verbandstages zu setzen:

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Die Eindeichung der Halligen. Nachdem die Beschlüsse der Insel Vorkum, für die der Staat 600.000 Mark bewilligt hatte, beendet worden sind, soll nunmehr begonnen werden, die Halligen mit dem Festland durch Eindeichung zu verbinden. Die Kosten dafür werden vom Ministerium auf 990.000 Mk. geschätzt, wovon der Staat 930.000 Mark übernimmt, während die Halligengemeinden die restierenden 60.000 Mark tragen sollen. Das kulturell Wichtige bei dieser Eindeichung ist, daß durch sie 50 Hektar bester Marsboden dem Meere entzogen und der landwirtschaftlichen Behausung gesichert werden. Ferner ist jetzt damit begonnen worden, Helgoland mit einer Mauer zu umgeben, um weiteren Zerstörungen durch den Wellenschlag vorzubeugen.

Ein Steine- und Kugelschlucker. In der letzten Sitzung der Gesellschaft für innere Medizin und Kinderheilkunde in Wien demonstrierte Professor Schlieffner einen Artisten, der Steine und scharfe Schusskugeln in großer Menge schluckte. Kurz nach dem Mann einen Teller großer Steine zu sich, hierauf einen Teller voll scharfer Schusskugeln; er schluckte diese Fremdkörper eigentlich nicht, sondern er läßt sie, während er den Kopf nach rückwärts beugt, in die Speiseröhre hinunterfallen. Merkwürdig ist, daß sich der Mann bei diesen Prozeduren nicht verletzt. Zum Schluß erklärte sich der Artist bereit, einen Lampenbrenner und eine lebende Ringelnatter zu schlucken. Als er die große Schlange gebeißt hatte, lebte das Auditorium begeisterten diese Produktion ab. Röntgenbilder ließen die Fremdkörper im Magen deutlich erkennen. In der Diskussion bemerkte Geheimrat v. Strömpell, daß diese Leistungen eine Art von Training voraussetzen. Er sah in Bestau einen Schelmschlucker, dessen Schlund gleichsam geegert war. Die Schelmschlucker hat infolge der häufigen Übungen ihrer Charakter verloren. Oft verwenden die Artisten auch besondere Kniffe. Folgte werden zum Beispiel präpariert, indem ihnen schon in früher Kindheit die Wangen mit glühenden Nadeln durchstochen werden. Es bilden sich kaum sichtbare Kanäle, die bei den Produktionen der erwachsenen Falste eine Rolle spielen.

Aus aller Welt.

Der Brand im Weinstock. Das Feuer in den Kellereien der Weinstockmänner u. Weinstock in Berlin (siehe gestrige Nummer) hat für die beteiligten Weinstockmänner der Berliner Feuerwehre verhängnisvolle Folgen nach sich gezogen. Wie gemeldet, waren schon während der Vorbereitungen zwei Oberfeuerführer und fünf Feuerführer unter Vergiftungserscheinungen so schwer erkrankt,

daß sie sofort nach dem Krankenhaus geschickt werden mußten. Nachträglich sind noch fünf weitere Feuerwehrleute an Alkoholvergiftung erkrankt, so daß die den Dienst einstellen mußten. Direkte Lebensgefahr scheint bei keinem zu bestehen, doch werden alle zwölf Patienten längere Zeit brauchen, ehe sie wieder hergestellt sind. Die Feuerwehr ging bei dem Feuer mit großer Präzision vor. Auch zwei Rauchschutts-Applikate wurden während der Vorbereitungen in Verwendung genommen, wobei die Ursache des Brandes wird und folgendes mitgeteilt: Mehrere Arbeiter der Firma waren in dem Keller damit beschäftigt, Weinstöcke auf Karren vorzubereiten. Hierbei lag ein Arbeiter mit einem Karren gegen ein Regal, so daß 2 Flaschen herunterfielen und zertrümmert wurden. Um Scherben zu beseitigen, räumte der Arbeiter unter Verwendung eines Papierstreifens das Gaslicht an und warf dann das Papier zur Erde, um es auszutreten. Wahrscheinlich ist bei dieser Gelegenheit ein Fünkchen in das Regal gefallen, wo einige Flaschen mit Sekteneis eingewickelt waren. Diese Flaschen fingen dann Feuer, und im Nu war der Keller in dichten Rauch gehüllt, so daß das Personal flüchten mußte.

Dreifacher Giftmischer. In das Landgerichtsgefängnis zu Stolp wurde der Kaufmann Sauer eingeliefert, der seinem Dienstmädchen Sublimat eingab, um die Folgen eines Liebesverhältnisses zu beseitigen. Der Verhaftete steht auch in dem Verdachte, seinen Lehrling, der Wittwe gewesen sein soll, vergiftet zu haben. Es wurde deshalb die Leiche des Verunglückten ausgegraben und einige Leichenteile zur Untersuchung nach Berlin geschickt. Gerüchweise bekannt ferner, daß der Verhaftete auch ein anderes Dienstmädchen, bei dem sich ebenfalls die Folgen seines Liebesverhältnisses bemerkbar gemacht hatten, vergiftet habe.

An den Urrechten. Ein niedliches Hindernis wird der „Mil.-pol. Korrespondenz“ aus Mitteldeutschland gemeldet. Ein zum Divisionskommandeur ernannter General begibt sich in Zivil nach seiner neuen Garnison. Von Natur unterlegt und recht fortpätr, mag er „im Gewande des Bürgers“ den Einbruch eines Offiziers nicht gerade hervorgerufen haben. Am dem Divisionsbureau fragt er den ihm mißtraulich fixierenden Schreiber nach dem Generalstabsoffizier und dem Divisionsadjutanten. Beide waren nicht anwesend. „Das ist fatal“, sagt er. „Ich bin nämlich der neue Divisionskommandeur.“ Da legt der Bureauunteroffizier und helle Sackse wohlwollend seine Hand auf die Schulter des kleinen Herrn: „Ne, Männchen! Auf den Hauptmann von Köpenick fallen wir hier nicht rein.“ Die verkannte Exzellenz erzählt die Geschichte selbst mit großem Vergnügen wieder.

Schwalbe und Kreuzspinne. Dem „R.-W.“ wird von einem Leser geschrieben: „Esterm Nachmittags fiel vom Dache des Hauses

Brunnenstraße 46 eine Schwalbe herab und mir vor die Füße. Ich nahm das Tierchen vom Boden auf, um es zu pflegen und vielleicht zu retten. Während ich es unterleuchte, froh aus dem Gefieder eine Kreuzspinne hervor, die erschrocken sich voll Blut gefüllt hatte. Gleichzeitig bemerkte ich am Hals der Schwalbe einen kleinen kalten Fleck. Ich löste die Kreuzspinne und hierbei zeigte sich, daß sie erst vor kurzem der Schwalbe Blut ausgegossen haben mußte. Ich wachte nun meine Sorgfalt dem Vögeln zu, allein es half nichts mehr, die Schwalbe starb nach einer halben Stunde.“ Daß Vögel von Spinnen angefallen werden, blühte in Deutschland wohl zu den größten Seltenheiten gehörte.

Literatur.

Vor der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 39. Heft des 28. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Aufsätze. — Eine neue Strategie. Von R. Rantzau. (Schluß). — Die Wahlen in Belgien. Von Louis de Brauckere. — Der Aufstand in Albanien. Von Karl Rabat. — Die Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten. Von Algenon Lee. (Fortsetzung). — Literarische Rundschau: Dr. S. Lindemann und Dr. A. Südehum, Kommunales Jahrbuch. Von ew. — Zeitschriftenschau.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportage zum Preise von 3,25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig. Probennummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Die Wertlehre bei Marx und Lassalle. Beitrag zur Geschichte eines wissenschaftlichen Mißverständnisses von Lattana Trigorovici. Preis 2,40 Mk. — 2 Mk.

Das Buch ist ein Hilfsmittel für alle leitenden Parteigenossen und sollte weder in der Privatbibliothek eines jeden Einzelnen, noch in den Bibliotheken der sozialdemokratischen Partei und denen der Gewerkschaften fehlen. Die Parteigenossen erhalten das sehr schön ausgestattete Werk bei allen Parteibuchhandlungen oder Kolportageuren der Partei. Wo dies ausnahmsweise nicht der Fall sein sollte, verleihe die Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand u. Co., Wien VI., Gumpendorferstraße 18 gegen Einzahlung von 2,50 Mk. in Briefmarken das Buch franco per Fernsendung.

Die Stellung der Beamten des Staates. Von Dr. Friedrich Naumann, M. d. R., Preis 40 Pf. Buchverlag der „Dtsch. G. m. b. H.“, Berlin-Schöneberg. Interessieren ist die Broschüre von größter Wichtigkeit.

Die Schlichtung der Textilindustrie und ihrer Arbeiter durch die Gewerkschaften

Die Gewerkschaften der Textilindustrie referiert über:

Die Tariffrage in der Textilindustrie.

Seine Ausführungen bewegen sich im Rahmen der auf der Generalversammlung in Mühlhausen angenommenen Resolutionen. Die Bedingungen, unter denen Tarife abgeschlossen werden dürfen, sind damals festgelegt worden. Als Verhandlungsdauer wurden damals drei Jahre vorgegeben, das heißt nur dann dürfte ein solcher Vertrag geschlossen werden, wenn die Arbeitszeit auf mindestens 10 Stunden reduziert war. Seitdem sind nur 12 oder 15 Tarife abgeschlossen worden; außerdem bestehen allerdings auch noch Verträge, die aber als eigentliche Tarife nicht gelten können. Er betont, daß die Gefahr eines Scheiterns, oder die Gefahr, daß alle Tarife einmal zu gleicher Zeit ablaufen könnten, für die Tarifarbeiter nicht besteht. Die Spezialtarife in den vielen Branchen können gar nicht zu gleicher Zeit zum Ablauf gebracht werden. Außerdem sind die Tarifkanten in dieser Frage nicht so eng, um einheitliche Tarife und gleiche Abkündigungserfordernisse zu ermöglichen. Die Furcht, daß die Arbeiter mit Tarifverträgen frustriert werden könnten von den Tarifkanten, ist wohl unbegründet. Es empfiehlt sich also, mehr wie bisher im Sinne der Resolution von 1906 zu handeln und in geeigneten Fällen Tarife abzuschließen. Ganz bestimmte Normen können heute nicht festgelegt werden; dies müßte vielmehr Aufgabe der Branchenkonferenzen bzw. von ihr zu bestimmenden Kommissionen sein. Eine im Sinne des Referats gehaltene Resolution findet ohne Debate Annahme.

Die Behandlung der Arbeiter in den Fabriken.

Der Referent hat einen Rufus zur Einleitung von Tatsachen erlassen und dabei Berichte über Zustände erhalten, die einer Beschreibung spotten. In der Regel enthalten die Arbeitsordnungen nur eine Festlegung der Pflichten der Arbeiter und die Rechte der Unternehmer. Von Pflichten der Unternehmer und Rechte der Arbeiter ist meistens gar keine Rede. Ein geradezu typisches Beispiel dafür ist eine von einem Rechtsanwalt ausgearbeitete Arbeitsordnung für die Schneiderarbeiter des Reichslandes. Aber noch eine ganze Anzahl anderer Arbeitsordnungen enthalten geradezu unfaßliche Bestimmungen. Zum Beispiel bestimmt die Arbeitsordnung der Firma Werners u. Helme in Mühlfort bei Oldenburg: Arbeitsstühle, welche in der Fabrik hängen bleiben, werden sofort verbrannt. Andere belegen, daß Frauen, welche überkommen, die Entlassung erhalten.

Bei den Wohlfahrtsvereinigungen tritt die rigorose Behandlung der Arbeiter in abnehmendem Maße zu Tage. Besonders die Arbeiterwohnungen werden zu einem Mittel des Terrorismus ersten Ranges. Die Mietverträge sind meistens nicht anders, als ein Vertrag zum Verkauf der ganzen Familie an den Unternehmer. Redner brachte neben anderen einen Fall vor, wo eine Firma, bei der ein junger Arbeiter das Arbeitsverhältnis löst, von den Eltern verkauft, daß sie den jüngerer Menschen aus der elterlichen Wohnung jagen sollten. — Sparstellen werden gegründet, die in Wirklichkeit nichts anderes sind, als ein Referensfonds, aus dem die Unternehmer, bei Verdrängung von Material oder Geräten, herauszuschöpfen können. — Eine Fabrik hat angeordnet, daß jeder Arbeiter, der das Arbeitsverhältnis löst, in der Fabrik bei jeder Fabrik in Arbeit tritt, eine Ordnungsstrafe von 5 Mark zu zahlen hat! In R. Gladbach ist ein Arbeiter zweimal bestraft worden, weil er beim Vorbeigehen des Meisters die Mütze nicht abgenommen hat. Das dortige Gewerkschaftsamt stellte sich auf den Standpunkt, daß die Strafe zu hoch sei. — M. Gladbach!

Die Strafen für fehlerhafte Waren werden vielfach zu einem solchen Extrem ausgebaut, daß sie für die Unternehmer ein ausgezeichnetes Mittel bilden, die Produktionskosten zu vermindern. Es ist unerhört, in welcher Weise die Arbeiter dabei geruht werden. Die Strafen sind gemeingefährlich und vielfach ungesetzlich. Eine ganze Menge Bestimmungen haben den Zweck, herabgesetzte Entschädigungen auszusprechen der Arbeiter, Reparatur oder Warten auf Material, auszusprechen. Selbst Bestimmungen der Gewerbeordnung, die den Arbeitern ein Recht sind, werden von „Rechtsverbrechern“, die sich als Verfasser solcher Arbeitsordnungen herausgeben, einfach beseitigt. Den Arbeitern werden ungelegliche Aufrechnungen gemacht für Erlasse, wobei die Unternehmer sich diese Erlasse weit über den Selbstkostenpreis bezahlen lassen. Redner führte Fälle an, wo die Arbeiter an einem Zehntel 40—50 Mark für Reparaturen bezahlen mußten, die nach dem Gesetz die Firma zu zahlen verpflichtet war. Unerhörte Bestrafungen werden bei Festsetzung der Akkordlöhne, sowie bei Handhabung des Prämienprinzips begangen.

Zu allem die immer mehr um sich greifende Schleich- und Diebstahl der Arbeiter und Arbeiterinnen, den häufigen geschlechtlichen Mißbrauch der Arbeiterinnen. Redner führte empörende Fälle an, wo Fabrikangestellte Frauen mißbrauchten und Kinder verführten. Es sind aber auch Fälle festgestellt worden, wo Arbeiterinnen sich den Meistern hingaben, um bei der Arbeit bevorzugt zu werden.

Aber auch haarsträubende Mißhandlungen kommen sehr häufig vor. Es sind Arbeiter in so vieler Weise gequält worden, daß sie demütigst liegen geblieben sind, Arbeiterinnen durch tätliche Mißhandlungen in ihrem Ehrgefühl verletzt worden, daß sie nur mit Mühe von einem Selbstmord zurückgehalten wurden. Redner sagt, die Arbeiter sollten solchen ungeheuren Mißhandlungen gegenüber dem Rechte der Patrie Gebrauch machen und sie nieder schlagen. Einer der haarsträubendsten Fälle dieser Art hat sich bei der Firma Pong's u. Sohn in Witten zugetragen, der Meister hieß hier einen Arbeiter, einer geringfügigen Sache wegen, viermal das Messer in den Kopf. Der Arbeiter hat Strafantrag gestellt, denselben aber wieder zurückgezogen, weil er befürchtete, daß sein alter Vater, der in demselben Betriebe beschäftigt ist, entlassen werden könnte. Der Meister aber ist für diese Untat mit einer Verweisung von der Firma davon gekommen. Aus solchen empörenden Verhältnissen müssen die Tarifarbeiter befreit werden. Dies kann nur geschehen, wenn der Verband wächst und alle Berufscollegen und Kolleginnen umfasst; dann können sie in solchen Betrieben mit einem Beien Auskehr halten.

Die Ausführungen des Redners riefen verschiedentlich die leidenschaftliche Erregung der Delegierten hervor. Einräumig und ohne Debatte wurde folgende Resolution angenommen:

Die 10. General-Versammlung des Verbandes der Textilarbeiter Deutschlands beschließt:

Um dem unerhörten Straßensystem in den Textilfabriken und der dazugehörigen überhandnehmenden schlechten Behandlung der Arbeiterkraft energisch zu Leibe gehen zu können, ist zunächst eine umfangreiche regelmäßige Berichterstattung über alle Arten der Schamung und schlechte Behandlung der Arbeiterkraft in den Textilfabriken zu organisieren.

Der Zentral-Vorstand wird beauftragt, die nötigen Schritte hierzu sofort in die Wege zu leiten.

Das nach der Annahme des Vorstandes von den Ortsverwaltungen zu sammelnde Material hat der Vorstand alle Quartale mit der Einleitung der Rechnungen von den Ortsverwaltungen einzufordern.

Dasselbe ist alljährlich von dem Leiter der Informationsstelle des Verbandes so rechtzeitig zu sichern und für die parlamentarische Aktion mit Anfragen versehen zu bearbeiten, daß sowohl der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wie dem sozialistischen Ausschuss der General-Kommission mindestens vier Wochen vor Beginn der Reichstagsverhandlungen eingehend vorliegen kann.

Weiter hat der Vorstand das Material für die Agitation zu bearbeiten und alljährlich im Geschäftsbericht zu veröffentlichen.

Die Kommission gibt ihren Bericht über die Anträge auf Wiederaufnahme in den Verband bekannt. Danach wird beschlos-

sen, den Kollegen Altlerlin und Besser aus Kolmar den Wiedererwerb in den Verlaufs zu gestatten, jedoch gelten sie als Reueingetretene; dagegen wird die Wiederaufnahme von Berger, Winkler, Schmitz, Machen und Landsberg-Kleinmüller abgelehnt.

In Anwesenheit der Textilarbeiter in Gussfeld (Holland), die am 1. Juli an 10.000 ausgesperrt werden sollen, wird eine Resolution angenommen, die den kämpfenden Brüdern und Schwestern ermutigt, Solidarität auszusprechen und heißt, daß Unterstützung derselben durch die Textilarbeiter aller Länder erfolgt.

Nachdem die Kollegen vom Auslande herliche Worte des Abschieds gesprochen, wird das Wahrspruch verlesen. Der Sitz des Verbandes bleibt Berlin und wird der bisherige Vorstand wiedergebildet mit der Änderung, daß Reichel-Chemnitz nun in den Zentral-Vorstand eintritt. Der Ausschuss behält seinen Sitz in Bern. Die bisherigen Redakteure werden ebenfalls wiedergebildet. Kollege Böckel schließt nach einem Hinblick auf die arbeitsreiche Woche den Verhandlungstag mit dem Wunsch, daß auch die neuen Beschlüsse zum Wohle des Verbandes dienen mögen. (Lebhafte Beifälle).

Partei-Angelegenheiten.

Der Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlin trat Sonntag Mittag im großen Kellerischen Saal, Kopenick, zu einer außerordentlichen Generalversammlung zusammen, um zu dem im August in Kopenhagen stattfindenden Internationalen Sozialisten-Kongress Stellung zu nehmen. Der große Saal und die weiten Galerien waren trotz schlechten Wetters von Frauen und Männern dicht gefüllt. Den Vorsitz führte Eugen Ernst. Referate hielten Parteisekretär Fr. J. Ebert und der Reichstagsabgeordnete Ledebour. Als Delegierte zum internationalen Sozialisten-Kongress wurden gewählt bzw. bestätigt: August Tarnow, Hermann Werner, August Pohl, Adolf Hoffmann, Paul Hoffmann, Wally Kriebländer, Eugen Ernst, Richard Henschel, Fritz Jubeil, Emil Boeck, Arthur Stabthagen, Paul Brühl, Karl Kaunz und Otilie Waader.

Noch ein Jubiläum. Das Fest seines 25-jährigen Bestehens konnte am 1. Juli der „Stettiner Volksbote“ feiern. In einem Rückblick berichtet der Volksbote, daß der Volksbote im Jahre 1885 von dem Smolten Heibert, der Buchdrucker ist, als privates Wochenblatt in ganz kleinem Normalformat gegründet wurde. Später wurde ein Laubblatt daraus, das im Jahre 1898 in Parteieigenem in überführt wurde. Abgegeben von dem ersten Jahrgang hat die Politik und Inhalt den „Volksboten“ nicht derartig geändert und brutal verfolgt, wie das andere Parteiblätter über sich ergehen lassen mußten. Den Umständen nach — Stettin liegt in Pommern! — hat sich der „Volksbote“ sehr gut ausgebreitet und entwickelt. Er konnte in seinem Verbreitungsgebiet den Sieg in Wiedom buchen, eine hübsche Jubiläumshende. Wir wünschen dem Pionier im Nordosten weitere gute Erfolge!

Neun Jahre waren es am 1. Juli her, seit das „Hamburger Echo“ in Parteiregie übernommen wurde. Die Abonnentenzahl liegt in dieser Zeit von 26.000 auf 64.000. Unser „Hamburger Echo“ hofft, daß es keine 10 Jahre mehr dauert, bis 100.000 Abonnenten gewonnen sind.

Arbeiterbewegung.

In Crethen haben am 4. Juli die Steinbruchschmiede die Arbeit niedergelegt, nachdem die Firma Schall einen eingereichten Tarif, in welchem eine Verkürzung der Arbeitszeit und Lohn erhöhungen vorgelesen waren, abgelehnt und obendrein einen Kollegen geprügelt hatte.

Aus dem Baugewerbe. In Augsburg haben die am 1. Juli stattgefundenen Verhandlungen zu einer Einigung geführt. Die Lohn erhöhungen betragen für Maurer und Bauführer innerhalb der Vertragsperiode 6 Pfg. pro Stunde, für die Zimmerer 8 Pfg. Ab 1. Juli 1910 wird der Lohn erstmals um 2 Pfg. pro Stunde erhöht. Im übrigen wird das Arbeitsverhältnis auf der Grundlage des alten Vertrages geregelt. Die Bauarbeiter haben die Abmachungen zugestimmt und sind damit die Differenzen erledigt. Auch für den Bezirk Ingolstadt ist eine Einigung erzielt worden.

Zur Ausbesserung der Metallarbeiter in Sagen-Schweim. Nachdem die Unternehmer ihre Beiträge am 4. Juli öfneten wollten, aber vergeblich auf die von ihnen verlangte Anmeldung der Arbeiter warteten, weil sie nach wie vor auf der Einrichtung ihres Arbeitsnachweises bestanden, sind zunächst weitere 3000 Mann angelernt worden. Ferner haben die Unternehmer den Termin, bis zu welchem sich die Arbeiter zur Arbeit melden können, ohne den Zwangsarbeitsnachweis passieren zu müssen, auf den 15. Juli hinausgeschoben.

Den Unternehmern brennt offenbar das Feuer auf den Fingerringeln. Die größten Betriebe haben sich ein Vorrecht zu schaffen gewußt, indem sie, um den Betrieb amrecht erhalten zu können, 50 Prozent ihrer Arbeiter weiter beschäftigen dürfen. Die kleineren Unternehmer sind von diesem Vorrecht wenig erant und remonstrieren.

Der Streik bei der Hamburg-Altonaer Zentralbahn ist beendet. Die am Sonntag unter Vorsitz des Landgerichtsrats Wulst im Altonaer Rathaus stattgefundenen Einigungsverhandlungen führten zu dem Ergebnis, daß die Gesellschaft sich zur Wiederanstellung von 8 Gewahrgelerten und 90 Streikenden bereit erklärte. Die Vertrauensmänner der Streikenden nahmen diesen Vorschlag an, wonach der Schiedspruch von beiden Parteien unterzeichnet wurde. Die Streikenden werden sich Montag, den 4. Juli in einer Versammlung mit dem Schiedsrichter beschäftigen und ihm voranschicklich zustimmen.

Vom Streik in der chemischen Fabrik in Pommernsdorf. In der chemischen Produktfabrik haben Freitag Morgen ca. 600—700 Arbeiter und Handwerker die Arbeit niedergelegt. Die Arbeiter hatten am 1. Juni d. J. den in Betriebe bestehenden Tarif akzeptiert. Sie forderten eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 5 Pfg. pro Stunde, für Überstunden einen Aufschlag von 25 Prozent, für Sonntagsarbeit 100 Prozent und eine Akkordlohn erhöhungen von etwa 40 Pfg. pro Tag, ferner Einführung der achtstündigen Arbeitszeit und 1/2-tägige Mittagspausen. Früher hat die Direktion stets gemeinsam mit dem Arbeiterausschuss die Lohnforderung geprüft, der Direktor aber tat das diesmal nicht. Er (Dr. Schürer) arbeitete einen anderen Tarif aus, der Zugeständnisse von etwa 15 Pfg. pro Stunde brachte. Alles andere wurde abgelehnt. Dieser Vertrag sollte auf 3 Jahre gelten. Weitere Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis. Später machte die Direktion noch einige kleine Zugeständnisse, die aber nur solche Beschlüsse betrafen, die selten vorkommen. Als nun die Arbeiter auch dies Angebot ablehnten, verständete die Direktion durch Anschlag, daß, wer damit nicht einverstanden sei, am 1. Juli nicht weiter arbeiten dürfe. Am 1. Juli haben hierauf über 600 Arbeiter und Handwerker die Arbeitsstätte verlassen. — Alle Fabrikarbeiter und Handwerker werden ermahnt, kein Arbeitsangebot nach Stettin-Pommernsdorf anzunehmen.

Aus den Gerichtssälen.

Opfer des Aberglaubens.

Die sehr Aberglaube und Dumtheit noch im 20. Jahrhundert selbst in der Reichshauptstadt manche Köpfe verwirren, lehren zwei Verhandlungen, die vor Berliner Gerichten geführt wurden. Im ersten Falle, der das Schöffengericht Berlin-Schöneberg beschäftigte, war eine Frau Duhm wegen Sachbeschädigung angeklagt.

Die Angeklagte hat sich vor längerer Zeit aus unbekanntem Gründen mit ihren erwachsenen Kindern entzweit. Da sie von einer auf gleichem geistigen Niveau stehenden Frau gehört hatte, daß es eine „weisse“ Frau gebe, die es vertriebe, durch Zauberhexerei einem Menschen Liebe und Zuneigung

einzuflößen, beschloß die Angeklagte dieses Mittel anzuwenden. Sie ging zu dieser „weissen Frau“ und erzählte ihr, daß sie sich auf irgend eine Weise die Zuneigung ihrer Kinder wieder erlangen wolle. Die „Bauberin“ gab ihr gegen Zahlung von einer Mark einen Rat, der zu dem größten Mißlingen geführt, der wohl je produziert ist. Die Angeklagte sollte Rumpst und Pferde mit zu gleichen Teilen mischen, dann mit Wasser und einer gewissen anderen Flüssigkeit verdünnen und den abgetrockneten einem unbekanntem Menschen dreimal in die Wohnung stecken, der in einem Vorort in einem Hause mit einer ungeraden Hausnummer wohnte. Um die gleiche Zeit erlebte der in der Tempelhofer Straße 19 wohnhafte Oberpostsekretär Caspari ein eigenartiges Abenteuer. Als er des Morgens erwachte, hatte er das Gefühl, daß er sich nicht in seiner Wohnung, sondern in einem Stall auf der Waise gelegt habe. Als er nach der Ursache dieser auffälligen Erscheinung forschte und auf den Korridor hinaustrat, wurden seine Füße von etwas „Weichem“ umfassen, das sich bei näherem Zusehen als Staubtunge entpuppte. In seinem Erstaunen entdeckte er, daß der ganze Korridor mit dieser Masse bedeckt war. Am nächsten Morgen spielte sich dieselbe Szene ab. Da Caspari glaubte, daß ihm jemand einen Scherz gemacht hätte, wusch er sich in der nächsten Nacht auf die Waise; gegen Morgen erwachte Frau Duhm, um hier zum dritten Male ihr „Zaubermittel“ anzuwenden. Als sie ihr mirium compositum wieder durch die Zeltingsschuppe gießen wollte, wurde sie von dem Oberpostsekretär festgehalten. Vor Gericht erzählte die Angeklagte die Geschichte von der weisen Frau und dem Zaubermittel. Das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von neun Mark eventuell drei Tage Gefängnis.

In dem zweiten Falle hatte der Halle'sche Roman in dem Kopfe eines Unfälligen Unheil angerichtet. Vor der ersten Strafkammer des Landgerichts II hatte sich wegen versuchten schweren Diebstahls der Bäckerfelle Gottlieb Gaunter zu verantworten. Der Angeklagte hatte bei dem Konditoreibestier N. in Groß-Fichterfelde eine gutbesetzte Stellung inne. Als die ersten Nachrichten über das Erscheinen des Halle'schen Romens und den „Weltergan“ austauchten, ging mit den sonst fleißigen und thätigen Geistes eine auffällige Veränderung vor. Er wurde faul und nachlässig und legte eine absolute Gleichgültigkeit gegen alle Sachen an den Tag. Je näher der Tag des probierten Wettkampfes kam, um so mehr verhärtete sich der Zustand Gaunter's, der sich fast einbildete, daß tatsächlich die Erde bei dem Zusammenstoße in tausend Stücke gehen würde. Einige Tage vor dieser „Matastrophe“ kündigte der Angeklagte seine Stelle und machte alles, was er an Geldwert besaß, zu Gelde. In dem Tage des Kommen der Angeklagten unternahm er eine Vierteile, bei der er alles, was er besaß, ausgab. Als er am nächsten Morgen erwachte, packte ihn das „graue Gelehd“. In seiner bisherigen Stelle zurückzugehen, schämte er sich. Nachdem er einige Zeit mit herumgerundeten Wangen herumgelaufen war, beschloß der Bäckerfelle, sich durch einen Diebstahl in den Besitz von Geldmitteln zu setzen. Er schlich sich heimlich in die Geflechtsfabrik seines früheren Arbeitgebers und war gerade dabei, aus einem erbrochenen Spind ein Portemonnaie zu stehlen, als er von einem hinzukommenden Wächter überrascht wurde. — Die Strafkammer billigte dem sonderbaren Diebstahl mildernde Umstände zu und erkannte auf sechs Wochen Gefängnis unter Anrechnung von zwei Wochen der erklärten Unternehmungslust.

Aus Oberschlesien.

Kattowitz, 5. Juli. Sozialdemokratischer Verein. Am Mittwoch, den 6. d. M., Abends 8 Uhr, wichtige Vorstandssitzung im Gewerkschaftslokal. In diesem Beschlusse, die Malmar'en im Besitz haben, werden dringend gebeten, an diesem Abend mit dem Kassierer abzurufen, da die Abrechnung fertig gestellt werden muß. Die Generalversammlung am Montag, den 12. d. M., Abends 8 Uhr statt.

Königschütte, 5. Juli. Bergmanns los. In der Sonnabend-Nachricht verunfallten auf dem „Kedelschacht“ beim Pfeilerabbau durch einfallende Kohlenmassen der Lehrbäuer Tendroschinsky und der Bäuer Wrensch aus Königschütte. Ersterer war sofort tot, während Wrensch schwer verletzt nach dem Königschütter Knappschafstasigarett gebracht wurde. Wrensch ist seit einigen Wochen verheiratet. 3. war noch ledig.

Königschütte, 5. Juli. Frecher Schwindel! Die verlogene Schänkerin des Reichsverbandes in beim „Kurier“ jetzt eingetroffen. Nachdem alle Welt weiß, daß die ganze Selbstmordgeschichte des Freiburger Christenarbeitsvereins Gräbers weder mit der Sozialdemokratie noch mit dem Klassenbewußtsein etwas zu tun hat, sieht der „Kurier“ diese „Neuigkeit“ seinen Lesern am Sonntag unter „Neues vom Tage“ in ganz im Reichsverbandeslokal auf. So eilig hat es der „Kurier“ mit der Auszahlung der vom Pöbel angeforderten Unfall-Entscheidigung für seine „versicherten“ Abonnenten in den meisten Fällen nicht.

Bismarckhütte, 5. Juli. Parteiversammlung. Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins fand am Sonntag im Gewerkschaftslokal statt. In seinem Bericht konnte der Vorstand berichten, daß die reiche Arbeit, durch Verteilen von Kalendern und Flugzetteln und Agitation in Versammlungen auf guten Boden gefallen ist. Die Mitgliederzahl wie die Klassenemissionen haben sich im letzten Jahre vervierfacht. Die sehr eifrige Tätigkeit der Polizei hat dem Verein keinen Abbruch getan, sondern das Gegenteil ist eintreffend Weise festzustellen, besonders in der Lokalfrage. Nachdem die Versammlung sich mit dem alsdann erhaltene Bericht einverstanden erklärt hatte, wurde Genosse Maurer Karl sich als einziger Vorstandsmittglied gewählt. Mit der Tagesordnung der Kreisversammlung war die Versammlung einverstanden und wählte hierzu drei Delegierte. Nachdem noch beschlossen, die Mitgliederversammlungen am ersten Sonntag im Monat, Vormittags 10 Uhr, und am ersten Sonntagabend in der zweiten Hälfte des Monats, Abends 8 Uhr, abzuhalten und weitere wichtige Angelegenheiten erledigt, erfolgte Schluß der sehr gut besuchten Versammlung.

Kreuzburg OZ., 5. Juli. Der Spirituslocher. Montag Morgen wollte der Lokomotiv-Führer Max Bindel in den Spirituslocher, in welchem die Flamme noch nicht erloschen war, Spiritus nachgießen. Hierbei erprobte die volle Flasche und im Nu stand der nur notdürftig bekleidete Mann in Flammen. Einer Feuerzange gleich lief er in das unterste Stodwerk, wo er bewußtlos zusammenbrach und von den Hausbewohnern aufgefunden wurde. Er hat am ganzen Körper schwere Brandwunden erlitten und wurde in das Krankenhaus Weibanten überführt, wo an seinem Aufkommen gewweifelt wird. Bindel ist erst jung verheiratet.

Tarnowitz, 5. Juli. Zum Morde in Bielella. Mit noch in Erinnerung sein wird, wurde am 8. Januar d. J. der Rantienwäcker Kotolla in Bielella, Kreis Tarnowitz, von russischen Banditen, die mit verummanteten Geschützen in die Gasse eingebrochen waren, erschossen und dann herant. Acht Mitglieder dieser Räuberbande konnten bald dingfest gemacht werden. Nur das Haupt der Räuberbande, der Arbeiter Mittas, hat sich bis jetzt zu verbergen gewußt. Er soll sich als Schmuggler betätigen, ist auch in leger Zeit wiederholt im Grenzgebiet gesehen worden. Aus diesem Grunde hat der Regierungspräsident in Opatowitz auf seine Ergreifung ausgelegte Belohnung von 1000 Mk. auf 1500 Mk. erhöht. Sollte er bis zum August nicht ergriffen werden, dann werden seine acht Spießgesellen in Bielella ohne ihn abgeurteilt werden. Zwei sind wegen Mordes angeklagt, die übrigen wegen Beihilfe, Begünstigung u.

Aus der Geschäftswelt.

Für die Reise mit Säuglingen ist als zweckmäßigste Nahrung „Kufese“ zu empfehlen. Es ist leicht zuzubereiten, lange haltbar, macht die Kuhmilch leichter verdaulich und schützt vor den gefährlichen Darmerkrankungen.